

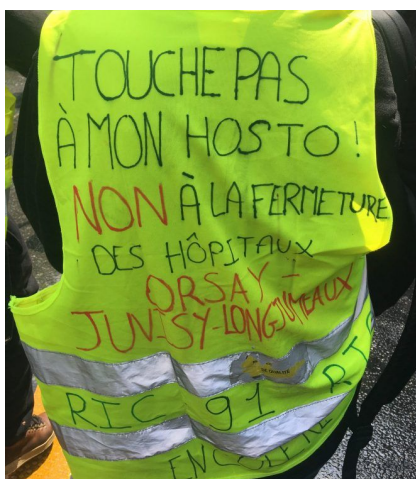
Sand im Getriebe 132

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: sig@attac.de

Widerstände



Algerien – 15. Juni 2019 - Foto: Luttés invisibles



Hände weg von meinem Krankenhaus! <https://pleinledos.org/acte26/>

Nordafrika	
H. Hamouchene über den algerischen Aufstand	3
Kein ALECA mit Tunesien!	5
ATTAC-Verbände unterstützen Gefangene in Marokko	6
Frieden	
- Alain ROUY: Wir wollen keine Festung Europa , sondern eine Friedensmacht Europa	7
- Hafenarbeiter gegen Waffen nach Saudi-Arabien	8
- Kein Krieg gegen den Iran!	9
- IALANA fordert die sofortige Freilassung von Chelsea Manning und Julian Assange / Mathias Bröckers: Präzedenzfall!	10
- Air Base Ramstein schließen!	11
- ICAN: Deutsche Bank investiert in Atomwaffen!	11
- DPG: BDS nicht mit Antisemitismus gleichsetzen	12
Gegen die G7 und ihre Welt	
13	
Solidarität mit Geflüchteten	
- Sea-Watch-Kapitänin Pia Klemp	14
- Evangelischer Kirchentag: Schicken wir ein Schiff!	
- Andrej Hunko: Frontex gegen Menschenrechte	15
- German Foreign Policy: Die erbärmlichen Tiefpunkte der Flüchtlingsabwehr	
- IPPNW gegen Sammellager für Geflüchtete	16
Widerstand gegen EU-Mercosur Abkommen	
- GFP: Freihandel mit Folgen	17
- Francisco Mari: Es schadet BäuerInnen weltweit	
- Via Campesina und Attac (Österreich)	
- Offener Brief an die EU	
Attac AT zum Handelsabkommen EU-Vietnam	20
Kurz notiert: Brasilien	20
Europa	
- Guillaume Paoli: Sozialer Protest in Frankreich	21
- Gelbwesten - eine dauerhafte und breite Bewegung	23
- Attac Frankreich: Statt Steuergerechtigkeit befürwortet Macron weiteren Sozialabbau	26
- Aufruf: Für einen „Big Bang“ in Frankreich	28
G. Oberansmayr: Österreich: EU-Vorgaben bleiben	29
CETA stoppen! Offener Brief an die Grünen	31
Gewerkschafter für Klimaschutz zum Appell von FridayForFuture „Streikt mit uns“ (20.9.2019)	32

Vorwort

Der algerische Aufstand seit Februar 2019 beeindruckt durch seinen „Ausmaß, seine friedliche Natur und nationale Verbreitung“, er ist die „Fortsetzung des antikolonialistischen Kampfes der 1950er und 1960er Jahre um die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Souveränität“.

„Humor und Satire können sehr subversiv sein“ (H. Hamouchene) - das gilt ebenfalls für die Gelbwesten-Bewegung, die fort dauert, sich strukturiert und den Zusammenschluss mit anderen sozialen Bewegungen (G. Paoli) sucht, wo doch „Macron statt Steuergerechtigkeit weiteren Sozialabbau befürwortet“ (Attac FR).

„Wir wollen keine Festung Europa sondern eine Friedensmacht Europa“ (Alain Rouy), das drücken mehrere Kampagnen aus (gegen Atomwaffen; Kein Krieg gegen den Iran!; Für die Freilassung von Assange und Chelsea Manning).

Während wir mit der Personalfrage an der Spitze der EU-Institutionen beschäftigt werden, hat die EU-Kommission „Freihandelsabkommen“ vereinbart (EU-Tunesien – ALECA – , EU-Mercosur, EU-Vietnam, und nicht zuletzt CETA), die aber noch ratifiziert werden müssen.

Solche Abkommen stellen „die Profitinteressen von Konzernen ins Zentrum, nicht aber Arbeits- oder Menschenrechte oder Umwelt- und Klimaschutz.“ (Alexandra Strickner, Attac Österreich)

Gegen die „erbärmlichen Tiefpunkte der Flüchtlingsabwehr“ entfaltet sich ein breiter Protest, gepaart mit der Forderung an die jeweilige Gemeinde, sich für die Aufnahme von weiteren Geflüchteten bereit zu erklären.

Als Antwort auf den Appell von Fridays for Future „Streikt mit uns“ (20. September 2019) rufen „Gewerkschafter für Klimaschutz“ „alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, kreativ mitzuwirken, damit die Gewerkschaften und Beschäftigte aktiver Teil der Klimabewegung werden.“ Protestaktionen gegen die Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) sollen auch im September 2019 in Frankfurt stattfinden. (mdv)

Wir werden in der Werkstatt für SiG 132 nach und nach zusätzliche Dokumente einstellen.

Wirtschaft transformieren **- Wir verändern Zukunft heute** **- mach mit!**

Sommerakademie von Attac Österreich,
10. bis 14. Juli 2019, Klagenfurt:

Die Klimabewegung bringt es auf den Punkt:

Um allen Menschen heute und in Zukunft ein gutes Leben zu ermöglichen,

müssen wir unserer Lebensweise und vor allem unser Wirtschaftssystem dringend verändern.

Doch wie schaffen wir diesen grundlegenden Wandel?

Und welche Alternativen und Projekte dafür gibt es bereits?

Alle Infos zum Programm und Anmeldung:

<http://www.attac.at/sommerakademie>

Vom Leben auf Kosten anderer **zum guten Leben für alle!** **Sommerakademie** **von Attac Deutschland,** **31. Juli - 4. August 2019, Bochum**

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs – die neoliberale Dominanz in der Ökonomie und anderen Lebensbereichen trifft sich mit einem überall spürbaren gesellschaftlichen und kulturellen Rechtsruck.

Linke und emanzipatorische Ideen und Kräfte dringen in dieser Situation noch schwerer durch, dabei haben globalisierungskritische Forderungen angesichts der globalen Krisen mehr denn je ihre Berechtigung.

<https://www.attac.de/sommerakademie/start/>



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:

Eintragung online (rechte Spalte!): <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

Das Inhaltsverzeichnis aller Nummern und Sondernummern steht auch [hier](#) zur Verfügung.

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 €). **Bestellung in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de.**

Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3,50 €, 2 Hefte: 5,50 €, 3 Hefte: 7 €, 4 Hefte: 8,50 €, ... 10 Hefte: 18 €

Bis zur Nr. 120: pro Heft 1 € + Porto: portofrei ab 5 Heften

Abonnement: 18 € für 6 Ausgaben.

An dieser Nummer haben mitgewirkt: Marie-D. Vernhes, Sabine Gondro, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben.

Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Einige Betrachtungen über den algerischen Aufstand



20. April 2019 - *Auszüge*

Die revolutionäre Bewegung in Algerien hat die unerschöpfliche Kreativität des „Genies der breiten Bevölkerung“ befreit. Mit der Losung „**Wir sind aufgewacht und du wirst bezahlen**“ drücken die Menschen ihren kürzlich entdeckten politischen Willen aus. Der Prozess der Befreiung ist zugleich ein Transformationsprozess. Das zeigt sich in der Euphorie, der Energie, der Kreativität, dem Selbstvertrauen, dem Humor und der Freude, die diese Bewegung nach Jahrzehnten sozialer und politischer Unterdrückung hervorgerufen hat.

Humor und Satire können sehr subversiv sein, und das haben die Algerier*innen mit ihren Slogans, Liedern und Schildern gezeigt.

- „Nein zu Bouteflika und seinen ‚Derivaten‘.“
- Eine Medizinstudentin: „Wir sind geimpft und haben in uns Antikörper herausgebildet ... und die werden jeden Freitag aufgefrischt.“
- „Das Problem ist das Fortbestehen der Götzenanbetung und nicht das Auswecheln der Götzen.“
- „Ich bin nicht hier, um ein Selfie zu machen, ich bin hier, um das System zu ändern.“

Einige Slogans zielten direkt auf die französische Komplizenschaft und Einmischung: „Hallo, Macron, die Enkelkinder vom November 54 sind wieder da.“

Und als Reaktion auf die Forderungen des Oberbefehlshabers der Streitkräfte, Gaid Salah, nach Umsetzung von Artikel 102 der Verfassung, der es dem Präsidenten des Oberhauses ermöglichen würde, innerhalb von 90 Tagen nach der Erklärung des Verfassungsrates, dass der Sitz des Präsidenten vakant ist, Wahlen abzuhalten, haben die Leute geantwortet:

- „Wir wollen die Anwendung von Artikel 2019 ... ihr werdet alle gehen.“
- „Wir haben die Abdankung der ganzen Bande gefordert, nicht die Beförderung einiger ihrer Mitglieder.“
- „Hier ist Algerien: die Stimme des Volkes. Die Nummer 102 ist nicht mehr in Betrieb. Bitte rufen Sie den Dienst des Volkes unter der Nummer 07 an“ (bezieht sich auf Artikel 07, der besagt, dass das Volk die Quelle aller Souveränität ist).

Was **die internationale Solidarität** betrifft, so kann ich sagen, dass die unterdrückten Völker der Region und darüber hinaus sich im Dialog miteinander befinden. Die sudanesischen Bevölkerung und die algerische Bevölkerung verfolgen jeweils die Kämpfe der anderen und sind zunehmend inspiriert und entschlossen, ihre eigene Revolution zu machen und die Systeme zu stürzen, die sie seit Jahrzehnten unterdrückt haben. Es gibt diesen lustigen Cartoon des algerischen Journalisten [Ali Dilem](#), der zeigt, wie die Sudanesen 2 : 1 gegen die Algerier gewinnen, weil sie zwei Staatsoberhäupter gegenüber nur einem in Algerien gestürzt haben. Die Marokkaner*innen sind auch von dem inspiriert, was in Algerien geschieht, wie an den Liedern, die in den Stadien gesungen werden, zu sehen ist. Last, but not least ist da die unerschütterliche und ewige Solidarität mit dem palästinensischen Volk.

Der algerische Aufstand hat auch seine **Besonderheiten**, und ich werde versuchen, Ihnen einige Hinweise zu geben, die geeignet sind, seine Stärken und Schwächen zu verstehen.

(a) Was diese Bewegung wirklich einzigartig macht, ist ihr **Ausmaß, ihre friedliche Natur und ihre nationale Verbreitung**, auch im marginalisierten Süden. Die Bewegung ist auch durch die bedeutende Beteiligung von Frauen und insbesondere von jungen Menschen gekennzeichnet, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Algerien hat seit 1962, als die Menschen in Algerien auf die Straße gingen, um ihre hart erkämpfte Unabhängigkeit von der französischen Kolonialherrschaft zu feiern, keine so große, vielfältige und weitreichende Bewegung erlebt.

(b) Dieser Aufstand kann auch als **Fortsetzung des antikolonialistischen Kampfes der 1950er und 1960er Jahre** um die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Souveränität angesehen werden. Die vielen Demonstrationen und Märsche, die stattgefunden haben, beziehen sich auf die

algerische antikolonialistische Revolution und ihre glorreichen Märtyrer, die ihr Leben für die Unabhängigkeit Algeriens geopfert haben, und bekräftigen, dass formale Unabhängigkeit ohne nationale und politische Souveränität keinen Sinn macht, zumal unsere Eliten das Land und seine Ressourcen seit über dreißig Jahren verscherbeln. (...)

(c) **Solidarität mit Palästina:** Algerier verstehen, dass ihre Befreiung ohne die Befreiung Palästinas nicht vollständig sein wird. Es ist wirklich einzigartig in der arabischen Welt: Neben den algerischen Flaggen sehen wir immer noch die palästinensische Flagge, und die Menschen erinnern sich noch immer gleichzeitig an die algerischen und die palästinensischen Märtyrer*innen. Dies erklärt sich aus der Tatsache, dass in der gesamten Region nur Algerien (neben Palästina) einen grausamen, rassistischen und unmenschlichen Kolonialismus erlebt hat.

(d) **Die politische Landschaft,** die wegen der Dezimierung einer echten politischen Opposition, des Scheiterns der Mehrparteienpolitik und der Unterdrückung und/oder Kooptierung von Gewerkschaften und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft einer Wüste gleicht, hat die Menschen dazu veranlasst, sich anders zu organisieren. In den letzten Jahren wurden kritische Meinungen und Unzufriedenheit zunehmend durch vereinzelte Demonstrationen oder das Entstehen horizontaler sozialer Bewegungen zum Ausdruck gebracht, insbesondere in der gas- und ölreichen Sahara, wo es in den Jahren 2012 und 2015 zu Bewegungen von Arbeitslosen und Antifrackingbewegungen kam. Die Feindseligkeit gegenüber politischen Parteien ist tief verwurzelt, wie die aktuelle Dynamik in der breiten Bevölkerung zeigt. (...)

Es ist klar, dass dies ein **Volksaufstand** ist, da er große Teile der Mittelschicht sowie der marginalisierten Klassen in städtischen und ländlichen Gebieten mobilisiert hat, die von jahrzehntelanger neoliberaler Politik und einer korrupten

Geldwirtschaft im Zuge der räuberischen Globalisierung betroffen sind, die die Plünderung der finanziellen und natürlichen Ressourcen des Landes erleichtert hat. Es sei darauf hingewiesen, dass Studierende, abhängig Beschäftigte (insbesondere im Öl- und Gassektor), autonome Gewerkschaften, Richter und Anwälte eine sehr wichtige Rolle bei diesen Mobilisierungen spielen, indem sie ihre eigenen Demonstrationen organisieren, zu Streiks aufrufen und die Dynamik aufrechterhalten. Im Gegensatz zum Sudan, wo die Allianz für Freiheit und Wandel und der sudanesischer Berufsverband die Rolle einer Art Führungs- und Organisationsstruktur spielen, werden die Dinge in Algerien anscheinend horizontal und vor allem über soziale Medien organisiert, in denen die Demonstrationsaufrufe verbreitet werden. (...)

Die nahezu sakralisierte **Spontaneität**, das Fehlen von Führung und die Feindseligkeit gegenüber jeder Form der Strukturierung sind nicht nur in Algerien zu beobachten, sondern wurden auch bei anderen Revolutionen in anderen Ländern wie Ägypten und Tunesien beobachtet. Es ist wahr, dass Spontaneität und führungslose Bewegungen zunächst große Mobilisierungen von vielen gesellschaftlichen Gruppen hervorrufen können, die den Eindruck von Einheit jenseits von Klasse, Geschlecht und ideologischer Orientierung vermitteln. Es kann jedoch gefährlich werden, wenn die sozioökonomischen Rechte der Marginalisierten aus jeder Debatte herausgehalten werden. In solchen Szenarien werden legitime Fragen der Volkssouveränität und der sozialen Gerechtigkeit vagen dominanten liberalen Vorstellungen von „demokratischer Verwaltung“, „guter Regierungsführung“, „Freiheit“ und „Gleichheit“ weichen, was zu Lasten der Ansprüche der Verdammten der Erde geht.

Foto und Text: [Attac Marokko](#)

Quelle: <https://redflag.org.au/node/6759>

Übersetzung: SiG-Redaktion



Marsch in Bejala, 22. März 2019, <https://attacmaroc.org/fr/2019/04/20/01/>
„Nein zu der Scheinopposition – Revolution durch das Volk und für das Volk“

Algerien – Einige Hinweise

Ein »Pakt für einen echten demokratischen Übergang« wurde am 28. Juni von verschiedenen Parteien, Gewerkschaften und Vertretern aktiver Gruppen unterzeichnet. Wortlaut auf Französisch [hier](#). Darin heißt es unter anderem, dass eine Präsidentschaftswahl, wie sie von Übergangspräsident Abdelkader Bensalah und Militärführer Ahmed Gaïd Salah forciert wird, »nur dazu dienen wird, das derzeitige System zu erneuern« [JW](#)

Dossiers:

<http://www.labournet.de/category/internationale/s/algerien/>

<https://www.mediapart.fr/journal/international/dossier/notre-dossier-la-revolte-algerienne>

Attac Frankreich, Attac Österreich, Attac Spanien u. a. m. Kein ALECA mit Tunesien! Widerstand gegen das Freihandelsabkommen mit der EU

Die Europäische Union verhandelt derzeit mit Tunesien über ein tief greifendes und umfassendes Freihandelsabkommen (ALECA). Europa will seinen Unternehmen den gesamten tunesischen Markt öffnen und seine Rechtsnormen durchsetzen. Dieses Abkommen könnte die sozioökonomische Situation Tunesiens verschlechtern und nur den europäischen multinationalen Unternehmen, insbesondere den französischen, Vorteile bieten.

Wir, engagierte europäische Organisationen und Bewegungen, verurteilen ALECA und seinen überaus neokolonialen Charakter. In Solidarität mit den tunesischen Organisationen, die gegen dieses Abkommen sind, unterstützen wir ihre Mobilisierung gegen die von Europa auferlegte neoliberale Politik.

ALECA – Neoliberalismus reimt sich hier auf Kolonialismus

ALECA ist die letzte Phase in der langen Kolonialgeschichte zwischen Europa und Tunesien, deren Verhältnis vor allem oft durch die Frage der Agrarflächen geprägt war.

Dank der Unabhängigkeit vom 20. März 1956 erhielt Tunesien seine enteigneten Agrarflächen zurück. Aber die europäischen Siedler blieben auf großen Ländereien und am 12. Mai 1964 verkündete Präsident Bourguiba das so genannte Gesetz über die "landwirtschaftliche Evakuierung", das Ausländern den Besitz von Agrarland verbot.

Unter Ben Alis Diktatur wurde der zurück erhaltene staatliche Grundbesitz manchmal Verwandten des Regimes übergeben, und unter dem Druck des IWF wurden manche Flächen privatisiert.

Während der revolutionären Bewegung im Winter 2010-2011 wollte die Bevölkerung ihren Nationalreichtum, einschließlich der landwirtschaftlichen Nutzfläche, zurückgewinnen. Aber die

Dynamik von Bodenkonzentration, Export und landwirtschaftlicher Intensivierung zum Nachteil der Bauernschaft, die die Ernährungssouveränität sicherstellt, konnte nicht angefochten werden. ALECA würde es den europäischen multinationalen Unternehmen wieder ermöglichen, die tunesischen landwirtschaftlichen Flächen zu nutzen.

Andererseits strebt Europa danach, neue Absatzmöglichkeiten für seine landwirtschaftlichen Überschüsse zu finden. Einige Sektoren der tunesischen Landwirtschaft (Viehzucht, Getreide und einige Pflanzenöle) werden dann durch europäische Importe ersetzt. Tunesien wird daher stärker vom Import von Grundnahrungsmitteln abhängig sein und seine Ernährungssouveränität verlieren. Laut UTAP (tunesischer Verband für Landwirtschaft und Fischerei) würden 250.000 Bauern bedroht sein, ihre Existenzgrundlage zu verlieren.

Aber die Landwirtschaft ist nur einer der durch den Neoliberalismus geschädigten Bereiche. 1995 wurde der Industriebereich durch ein Assoziierungsabkommen zwischen Europa und Tunesien für den Wettbewerb geöffnet. Infolgedessen verschwanden in zwei Jahrzehnten Hunderte von Unternehmen und fast eine ganze Branche, der Textilsektor. Gleichzeitig gründeten europäische Unternehmen in Tunesien Niederlassungen, denen einer Steueroase vergleichbare Privilegien gewährt werden, und deren Arbeitskräfte wenig kosten. Die Massenarbeitslosigkeit und die Armut in Tunesien sind mit diesen Mechanismen der wirtschaftlichen Herrschaft verbunden. Weit davon entfernt, die Lehren aus den Aufstandsbewegungen zu ziehen, die das Land seit einem Jahrzehnt erschüttert haben, verfolgt Europa sein unwürdiges Projekt in Tunesien.

Neue Privilegien für Europa und multinationale Unternehmen

Mit ALECA behält Europa seine Kontrolle über Tunesien, indem es sein Wirtschaftsmodell exportiert. Die Wettbewerbsregeln sind ein Abbild des europäischen Modells des Strebens nach einem "reinem und perfektem" Wettbewerb. Die Subventionen werden schrittweise abgeschafft, die Preise für die grundlegenden Güter des täglichen Lebens können nicht mehr vom Staat festgelegt werden, und öffentliche Beihilfen werden nach europäischen Kriterien gewährt, wobei die Europäische Kommission fünf Jahre lang die direkte Kontrolle innehat.

Darüber hinaus zwingt ALECA Tunesien zur Übernahme europäischer Normen: Ein algerisches oder chinesisches Produkt, das diesen nicht entspricht, darf nicht nach Tunesien gelangen. Ziel ist es daher, einen tunesischen Markt zu schaffen, der ausschließlich für europäische Produkte bestimmt ist.

ALECA enthält auch eine Schiedsklausel, die es multinationalen Unternehmen erlaubt, Staaten vor einem Sondergericht zu verklagen, das über die nationalen Gerichte gestellt wird. Diese multinationalen Unternehmen könnten Maßnahmen zum Allgemeinwohl (Soziale Sicherung, Gesundheit, Umwelt...) sowohl in Europa als auch in Tunesien aufheben.

Diese Bestimmung hat bereits Hunderte von Millionen Dollar für Staaten gekostet, die versucht haben, die Wirtschaft zum Schutz des öffentlichen Interesses zu regulieren. Das Schlichtungssystem stellt die Profite multinationaler Konzerne über die Grundrechte. Es wurde durch europäische Mobilisierungen gegen TTIP und CETA angeprangert und muss verschwinden. Es wäre unannehmbar, es Tunesien aufzuzwingen.

Eine Sackgasse für die Probleme Tunesiens

Mit ALECA werden die produktivistischen Anforderungen des Exports die natürlichen Ressourcen Tunesiens, insbesondere das Wasser, stärker unter Druck setzen, während Tunesien bereits unter Wasserstress steht. Die Situation verschlechtert sich mit dem Klimawandel, der vor allem durch die umweltschädliche Industrie oder die seit Jahrzehnten von Europa geförderte intensive Landwirtschaft verursacht wird. ALECA steht daher im Widerspruch zu den aktuellen Herausforderungen und Risiken und könnte eine schon kritische ökologische Situation verschlimmern.

Parallel dazu verfolgt die EU ihre Grenzkontrollpolitik. Ursprünglich hatte ALECA nicht geplant, die Mobilität der tunesischen Arbeiterschaft zu erleichtern. Der europäische Arbeitsmarkt nutzt gering qualifizierte Arbeitsmigrant*innen, wie die Hunderttausenden ohne Papiere, für die Reinigungsunternehmen oder das Hotel- und Gaststättengewerbe. Um jedoch die Unterstützung der tunesischen Regierung zu gewährleisten, verspricht Europa die Einführung eines neuen Visums mit vereinfachten Aufenthaltsbedingungen für eine privilegierte Personengruppe. Gemäß der neoliberalen und kolonialen Logik sollen eine Handvoll Geschäftsleute und Führungskräfte reisen dürfen, die somit ein schönes Bild von den "historischen Verbindungen" zwischen Europa und Tunesien vermitteln sollen, während die Mehrheit der Bevölkerung mit Visaverweigerungen konfrontiert ist oder die gefährliche Erfahrung mit illegalen Grenzübergängen hat. In diesen

Logiken der neoliberalen und repressiven Kontrolle der Migration wird Tunesien auf der untersten Stufenleiter bei der internationalen Arbeitsteilung gehalten.

Wie alle Freihandelsabkommen ist ALECA gleichbedeutend mit der Ausbeutung aller Bevölkerungsgruppen, der wirtschaftlichen und neokolonialen Ausbeutung der tunesischen Bevölkerung. Der wirtschaftliche Nutzen wird nur wenige Großunternehmen betreffen, und das Abkommen könnte das Problem der Arbeitslosigkeit und Ungleichheit in Tunesien verschärfen.

Der ALECA-Prozess läuft

Neoliberale Reformen werden bereits durch die **Schuldenpläne des IWF und der Europäischen Union** durchgesetzt: Unabhängigkeit der tunesischen Zentralbank, ein für multinationale Unternehmen günstiger Investitionskodex, niedrigere Subventionen, das Gesetz über gesundheitliche und pflanzenschutzrechtliche Normen usw. Daher ist es unerlässlich, gegen ALECA zu mobilisieren, denn es handelt sich um eine Fortführung der europäischen und französischen neokolonialen Politik.

Darüber hinaus soll das gleiche Projekt allen Mittelmeerländern vorgeschlagen werden: **Marokko**, das erste Land, mit dem die EU Verhandlungen aufgenommen hat, unterbrach sie 2014 auf Druck der marokkanischen Zivilgesellschaft, um eine Folgenabschätzungstudie durchzuführen; die EU befindet sich auch in der Diskussionsphase vor den Verhandlungen mit **Jordanien** und **Ägypten**.

ALECA zu blockieren bedeutet, dem freien Handel und dem imperialistischen Projekt Europas in der gesamten Region entgegenzuwirken.

Wir fordern

- **Stopp der Verhandlungen zwischen der EU und Tunesien über ALECA**
- **Achtung der Souveränität Tunesiens**
- **Beendigung der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Tunesiens und der Steuerprivilegien für europäische Unternehmen.**
- **Die Annullierung der verabscheuungswürdigen Schulden, die der tunesische Staat mit der EU ohne Zustimmung des tunesischen Volkes eingegangen ist.**
- **Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit für alle.**

Erstunterzeichner:

Frankreich : 1. Association Survie / 2. Les Amis du Monde Diplomatique / 3. Confédération paysanne / 4. Aitec-IPAM / 5. ATTAC France / 6. Les Amis de la Terre

Italien: 7. Fairwatch / 8. Stop TTIP CETA Italia Campaign

Belgien: 9. Comité pour l'abolition des dettes illégitimes (CADTM) / 10. Corporate Europe Observatory (CEO) / 11. Entraide et fraternité

Irland: 12. KEEP IRELAND FRACKING FREE / 13. FÍS NUA

Spanien: 14. ATTAC Spain

Österreich: 15. Anders Handeln
16. ATTAC Austria

<https://noaleca.home.blog/2019/04/07/appel-contre-laleca-entre-leurope-et-la-tunisie>
Übersetzung: SiG-Redaktion

Infos: 1. Aktuelle Arbeitskämpfe in LATELEC, [Labournet.de](http://labournet.de)

2. Mehr über Tunesien: [SiG](http://www.cadtm.org/Tunisia?lang=en) Nr. 88, 89, 92, 97, 98, 101, 102, 104, 105, 112 und <http://www.cadtm.org/Tunisia?lang=en>

Marokko

ATTAC-Verbände unterstützen Gefangene, die zu der Protestbewegung in der marokkanischen Region Rif angehören

21. Mai 2019 – *Unsere Verbände des altermondialistischen Netzwerks ATTAC drücken ihre Solidarität mit den Dutzenden von Menschen aus, die an der Protestbewegung in der marokkanischen Region Rif teilgenommen und zu schweren Haftstrafen von 2 bis 20 Jahren verurteilt wurden. Diese Menschen haben sich friedlich im Wesentlichen für legitime soziale, wirtschaftliche und politische Forderungen eingesetzt (Öffnung der Rif-Region,*

Arbeitsmöglichkeiten, um in Würde zu leben, effektive Anerkennung der Amazigh-Sprache, Recht auf Gesundheit usw.). Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und Einzelpersonen fordern wir die sofortige Freilassung dieser zu Unrecht verurteilten Gefangenen.

<https://attacmaroc.org/fr/2019/05/21/soutien-de-groupes-attac-aux-prisonniers-faisant-partie-du-mouvement-de-protestation-de-la-region-du-rif-au-maroc/>

Alain ROUY, Le Mouvement de la Paix, Frankreich

Wir wollen keine Festung Europa, sondern eine Friedensmacht Europa

Rede auf der Abschlusskundgebung vom Ostermarsch in Hamburg, 22. April 2019

Bonjour, amis pacifistes de Hambourg!
Liebe Friedensfreundinnen und -freunde!

Ich darf euch zunächst den friedlichen Gruß der französischen Pazifisten überbringen, anlässlich eurer zahlreichen Ostermärsche in ganz Deutschland, sowie hier in Hamburg!

Ich danke recht herzlich dem Hamburger Forum für die Einladung: In dieser Zeit der Europawahl ist es nämlich wichtig, dass die europäischen Friedenskräfte ihre Stimmen erheben und für ein Europa des Friedens zusammen handeln.

Der europäische Aufbau war ursprünglich ein Friedensprojekt, die Lehre aus zwei Weltkriegen. Die deutsch-französische Aussöhnung war und bleibt ein Friedenszeichen. Aber heute darf man sich die Frage stellen: Ist die aktuelle Europäische Union eine Friedensmacht? Erfüllt sie die Friedenspflicht ihrer Anfänge?

Leider lautet die Antwort: NEIN!

Was wir heute erleben ist die Militarisierung der Europäischen Union, und zwar unter Führung Frankreichs und Deutschlands. Macron und Angela Merkel haben sich für eine sog. europäische Armee ausgesprochen und beschleunigen seit anderthalb Jahren den Prozess der Militarisierung in Europa. Konkret heisst da seine Entwicklung der PESCO, der «Permanenten strukturierten Kooperation» im Brüsseler Jargon; PESCO bedeutet die Erhöhung der Militärausgaben, eine neue Aufrüstungswelle und die Aktivierung der «europäischen Verteidigungsagentur», sprich der Rüstungsagentur.

Der «Europäische Verteidigungsfonds» wird mit EU-Mitteln finanziert, 13 Milliarden Euro für den Zeitraum 2021-2027. Ziel ist es, Militärfor-

schung und -industrie zu fördern und zu unterstützen – und darauf freuen sich die Rüstungskonzerne unserer Länder.

Kann man glauben, glauben wirklich Macron und Merkel, dass sie auf diese Weise die Europäische Union attraktiver für die Völker machen werden?



<https://www.mvtpaix.org/wordpress/>

Ich komme aus einem Land, wo eine Sozialbewegung großen Ausmaßes seit 24 Wochen ununterbrochen dauert, die Bewegung der Gelbwesten. Die Medien berichten mehr über einige Krawalle als über deren Inhalt; denn was ist der Kern der Forderungen? Ein besseres Leben für die Menschen, eine gerechte Umverteilung, mehr Geld für den öffentlichen Dienst, für die Krankenhäuser und die Schulen, eine größere Kaufkraft für all jene Leute, die von ihrer Arbeit einfach leben möchten und die es nicht wirklich schaffen.

Ich grüße die Vertreter der Gilets jaunes hier in Hamburg und schlage vor, dass wir unsere Solidarität laut bekunden: «Ganz Hamburg mit den Gilets Jaunes!»

In Frankreich sowie auch in Deutschland wächst die Armut unter Leuten, die doch einen Job haben und trotzdem es immer schwerer haben. Macron soll in wenigen Tagen seine Antwort geben, aber wir wissen schon im voraus, dass

er auf die Kürzungspolitik nicht verzichten will – nur für die Militärausgaben gibt es keine Kürzungen!

Als Pazifisten bedauern wir sehr, dass die Frage der Aufrüstung im Europawahlkampf kaum erörtert wird. Hier liegt doch eine riesige Geldquelle für nützliche soziale Ausgaben. Stattdessen haben sich Präsident und Regierung dazu entschlossen, die NATO-Forderungen zu erfüllen, 2% des BIP für die Rüstung. Die NATO ist aber kein Friedensprojekt, die NATO ist ein kriegerisches Bündnis im Dienst der US-Interessen. Wer behauptet also, dass eine europäische Armee uns unabhängig von den USA macht, der lügt und weiß, dass er lügt: laut Lissaboner Vertrag ist die NATO wortwörtlich «das Fundament» der europäischen Verteidigung und «das Instrument derer Verwirklichung».

Die Militarisierung der EU erfolgt im Rahmen der NATO und stärkt die NATO und bringt mit sich mehr Unsicherheit auf den europäischen Kontinent und in die Welt.

Deshalb fordern wir:

Raus aus der NATO, Auflösung dieses aggressiven Militärbündnisses!

Wie ihr wisst, ist auch Frankreich Atommacht. Auch hier werden riesige Geldsummen vergeudet. Gegen das Völkerrecht verstößend, «modernisiert» Frankreich seine Kernwaffen; da gibt es keine Kürzungen. Und doch hat eine Umfrage letztes Jahr gezeigt (sie erschien in der katholischen Zeitung *La Croix* und in *L'Humanité*), dass die große Mehrheit der französischen Bevölkerung – über 70% - dafür sind, dass Frankreich zum Prozess des Verbots und der Vernichtung aller Atomwaffen aktiv beiträgt. Deshalb sagen wir mit euch zusammen: **Stoppt die Atomwaffen! Unterzeichnet und ra-**

tifiziert den Atomwaffenverbotsvertrag der UNO!

Die europäischen Friedensbewegungen plädieren für ein atomwaffenfreies Europa: **Wir wollen keine Atomwaffen mehr auf europäischem Boden!**

Eine weitere gemeinsame Forderung ist das **Ende des Waffenexports**. Die französische Regierung rühmt sich, dass Frankreich zum zweiten Waffenexportland der Welt geworden ist. Auf diesem Gebiet arbeiten Macron und Merkel Hand in Hand: Im neulich unterzeichneten deutsch-französischen Vertrag von Aachen gibt es nicht öffentliche Klauseln, die es ermöglichen, dass Frankreich deutsche Waffen in Drittländer exportiert. Was die deutschen Rüstungskonzerne angeblich nach Saudi Arabien nicht mehr exportieren dürfen, wird doch mit Hilfe fran-

zösischer Konzerne exportiert. Sowas ist eine Schande!

Was die Pazifisten wünschen, ist eine ganz andere Europäische Union, deshalb schlagen sie ein Projekt für eine EU vor, die eine echte Friedenspolitik entwickeln sollte. **Die EU sollte an einem alternativen Sicherheitsmodell arbeiten, an einem pan-europäischen gemeinsamen Sicherheitssystem mit – und nicht gegen – Russland.**

Manchmal verwenden wir dazu den Ausdruck «**Helsinki II**», denn es geht darum diesen Geist von Helsinki der 70er und 80er Jahre wiederzubeleben. Diese alternative Denken setzt natürlich die Auflösung der NATO und den endgültigen Verzicht auf eine EU-Armee voraus.

Im Rahmen der aktuellen Wahlkampagne ist es unsere Aufgabe, sowohl in

Deutschland als auch in Frankreich, diese Thematik der Militarisierung der EU in die Debatten zu bringen, und zwar mit einfachen Losungen:

Die EU braucht keine Armee für den Krieg, wir wollen keine neuen Rüstungsausgaben, wir wollen keine Festung Europa, sondern eine Friedensmacht Europa, wir wollen eine gerechtere Gesellschaft, wo das Geld für friedliche, nützliche und soziale Ziele verwendet wird.

Die Friedenskräfte haben also eine große Verantwortung in Europa. Gemeinsam arbeiten wir ohne Rast und Ruhe an der Schaffung eines Europas des Friedens. Denn wir wissen: Der Frieden ist der einzige sichere Weg in die Zukunft! Lasst uns weiter gemeinsam für den Frieden kämpfen!



Foto: <https://www.acatfrance.fr/YemenLaFrancecomplice> (Jemen – Frankreich ist Kompliz)

Frankreich: Hafenarbeiter gegen Waffentransporte nach Saudi-Arabien

Nach Informationen der Rechercheplattform **Disclose** (<https://made-in-france.disclose.ngo/en/>) sollte Anfang Mai dieses Jahres in Le Havre ein Schiff im Stillen mit acht Caesar-Geschützen beladen werden. Dagegen wurde von der Action des chrétiens pour l'abolition de la torture (ACAT) eine Beschwerde eingereicht, die jedoch abgelehnt wurde. Eine Demonstration am Kai, an dem das Schiff am 9. Mai anlegen sollte, die Ankündigung von Hafenarbeitern, das Beladen des Schiffes zu verweigern, und die zunehmende politische Kontroverse haben diese Waffenlieferung nach

Saudi-Arabien verhindert. **Die Hafenarbeiter in Marseille (CGT), in Genua** haben ebenfalls die Beladung eines Schiffes mit Waffen verweigert. Quelle: **Rapports de force**

Arte-Bericht, France-Info (15. April 2019): Frankreich – das weltweit drittgrößte Waffen exportierende Land – lieferte Waffen, die im Krieg gegen Jemen eingesetzt wurden. Grundlage der Berichte sind die Enthüllungen von **Disclose** über einen geheimen Bericht der „Direction du renseignement militaire (DRM)“

Kein Krieg gegen den Iran!

Amir Mortasawi

Deutschland darf sich an einem Krieg gegen den Iran nicht beteiligen!

Aufruf mit der Bitte um Unterstützung

Als Iranerinnen und Iraner, die seit längerer Zeit in Deutschland arbeiten und leben, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen sowie dieses Land als ihre zweite Heimat betrachten, verfolgen wir mit größter Sorge und Betroffenheit die wachsende Gefahr eines Krieges gegen unsere angestammte iranische Heimat.

Wir wenden uns an unsere deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie an die deutsche Bundesregierung und rufen sie mit Nachdruck dazu auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den drohenden Krieg zu verhindern.

Ein Krieg gegen den Iran wird nicht nur für die iranische Bevölkerung verhängnisvoll sein und abertausende menschliche Opfer verursachen. Er ist geeignet, die gesamte Region des Mittleren und Nahen Ostens für einen längeren Zeitraum ins Chaos zu stürzen. Ein solcher Krieg hätte nach unserer Auffassung auch schwerwiegende Folgen für Europa und den Frieden in der Welt.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Möglichkeiten der Einflussnahme Deutschlands und der Europäischen Union auf die US-Regierung beschränkt sind. Andererseits sind wir auch überzeugt, dass die USA ohne Unterstützung ihrer Verbündeten, insbesondere in Europa, es nicht wagen werden, einen Krieg gegen den Iran vom Zaun zu brechen. Deshalb fordern wir unsere deutsche Bundesregierung mit allem Nachdruck dazu auf, schon jetzt klar und unmissverständlich zu erklären, dass Deutschland sich an einem Krieg gegen den Iran nicht beteiligen und den USA untersagen wird, ihre militärischen Einrichtungen auf deutschem Boden (u.a. diverse militärische Hauptquartiere in Ramstein-Miesenbach und das Europäische Kommando der USA in Stuttgart-Vaihingen) im Falle eines solchen Krieges einzusetzen. Wir bitten die Bundesregierung, auch die Europäische Union für eine klare Stellungnahme gegen den Krieg zu gewinnen.

Wir unterstützen nachdrücklich alle Bemühungen der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union zur Bewahrung des Iran-Atomabkommens und bitten sie, zusammen mit den anderen Unterzeichnerstaaten dieses Abkommens, der Russischen Föderation und der Volksrepublik China, eine humanitäre internationale Initiative zur Aufhebung aller Iran-Sanktionen zu starten. Des Weiteren schlagen wir vor, die seit November 2018 in New York laufenden Verhandlungen für die Einrichtung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone im Mittleren und Nahen Osten aktiv zu unterstützen sowie sich für die Teilnahme der USA und Israels an diesen Verhandlungen einzusetzen.

<https://amirmortasawi.wordpress.com/2019/05/29/20688277/>

Friedenskooperative

„Kein Krieg gegen Iran - Verhandeln statt eskalieren!“



Derzeit spitzt sich die Lage zwischen den USA und dem Iran zu. Es besteht die Gefahr, dass die Spannungen zu einer folgenschweren Eskalation bis hin zu einem Krieg mit unabsehbaren globalen Folgen führen. Statt Kriegsdrohungen braucht es dringend Gespräche, um den Konflikt zu lösen. Das Nuklearabkommen (JCPOA) mit Iran muss Bestand haben.

Daher fordere ich die Bundesregierung sowie alle Abgeordneten des Bundestages auf:

- Treten Sie aktiv für eine **zivile Lösung** ein und wenden Sie sich gegen jegliche Eskalation und Aggression im US-Iran-Konflikt.

- Schließen Sie jede **deutsche Unterstützung** für einen Krieg gegen Iran und erst recht eine deutsche Beteiligung daran unmissverständlich und grundsätzlich aus. Auch von US-Stützpunkten in Deutschland, wie z.B. von der Airbase Ramstein oder dem EUCOM in Stuttgart, darf kein Krieg ausgehen.

- Setzen Sie sich dafür ein, insbesondere mit Hilfe der europäischen Partner, dass das **Nuklearabkommen** mit Iran erhalten bleibt und wieder von allen Seiten anerkannt und weitergeführt wird. Dafür muss das Angebot der Beendigung der Sanktionen gegen Iran gemacht werden. Notfalls muss das Abkommen auch ohne die USA fortgesetzt werden. **Jetzt unterschreiben:**

<https://www.friedenskooperative.de/kein-krieg-gegen-iran>

Mohssen Massarrat zum besonders aktuellen Thema Regime Change, wie es die USA erneut im IRAN anstreben. 45-minütigen Interview von Transparenz TV, das Clemens Ronnefeld (Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes) geführt hat. (<https://youtu.be/NjNWxgNRvhE>).

Dossier: Eskalation zwischen USA, Israel und Iran

http://www.friedensratschlag.de/?2018-05_Israel-Iran

Fake News für den Krieg: Erneut soll mit offensichtlich gefälschten Beweisen ein Krieg vom Zaun gebrochen werden, diesmal gegen den Iran. - von Jens Bernert

Die USA machen den Iran für die Angriffe auf zwei Öltanker im Golf von Oman verantwortlich. Die japanische Rundfunkanstalt NHK berichtet dabei komplett andere Tatsachen, als die westliche Propaganda dies tut.

<https://www.rubikon.news/artikel/fake-news-fur-den-krieg-2>

IALANA fordert die sofortige Freilassung von Chelsea Manning und Julian Assange

12. April 2019

Im April 2010 veröffentlichte die Whistleblower-Plattform Wikileaks von Assange hunderttausende als geheim klassifizierte US-Dokumente. Dadurch wurden schlimme völkerrechtliche und kriminelle Verstöße der USA aufgedeckt, darunter das Video „Collateral Murder“, das ein **Kriegsverbrechen** der Besatzung eines Kampfhubschraubers aus 2007 im Irakkrieg dokumentiert, bei dem 12 unbewaffnete Zivilisten, darunter 2 Reuters-Korrespondenten, mit einem Maschinengewehr ermordet wurden. Die beteiligten Soldaten waren nicht bestraft worden. Das Video ging um die Welt und sorgte für breite Empörung.

Die US-Army ermittelte die Soldatin **Manning** als angebliche Informantin und setzte sie kurz danach fest. Dem damals noch nicht namentlich feststehenden Informanten verliehen IALANA und VDW als „Anonymus“ den Whistleblowerpreis 2011. Manning wurde dann von einem Militärgericht nach dem „Espionage Act“ von 1917 in einem skandalösen Verfahren zu der horrenden Strafe von 35 Jahren Gefängnis verurteilt (vgl. A.Falter in „Whistleblower in der Sicherheitspolitik. Awards 2011/13, S. 183 ff.). Bis dahin waren erst 3 Whistleblower nach diesem Gesetz verurteilt worden, das mit völlig unbestimmten Formulierungen hohe Strafen einschließlich Todesstrafe androht. Nach internationalen Protesten begnadigte 2017 Obama Chelsea Manning nach 7 Jahren Haft im Männergefängnis.

Überraschend wurde sie vor 4 Wochen wieder festgenommen, jetzt in Beugehaft, weil sie es gegenüber einer Grand Jury abgelehnt hatte, über ihre Zusammenarbeit mit Julian Assange auszusagen. Sie verwies auf ihre Angaben in ihrem eigenen Verfahren – mehr gebe es nicht zu sagen. Darauf wurde sie **in unbefristete Einzelhaft** genommen, bis sie sich zur Aussage bereit erkläre. Sie leidet unter Panikattacken und Depressionen – Folgen der langen Militärhaft. (1)

Auch Assanges Gesundheitszustand ist bedenklich auf Grund des Ausnahmezustandes in der ecuadorianischen Botschaft. Beide in Haft – die Whistleblowerin und der Mann, der Preise dafür verdient hat, dass er ihre brisanten Informationen vor 9 Jahren veröffentlicht hat, beide nach 7 Jahren Freiheitsentzug nun wieder festgenommen. Die Koinzidenz lässt ahnen, dass Schlimmes auf Assange zukommt für den Fall, dass er in die USA abgeschoben werden sollte: eine Anklage nach dem Espionage Act mit mindestens 35 Jahren Strafe.

Dagegen ist fast vergessen, dass die Enthüllungen damals zahlreiche kriminelle Rechtsbrüche ans Licht brachten, die zu Geheimnissen erklärt worden waren. IALANA ist der Auffassung, dass Rechtsbrüche ohnehin keinen Geheimnisschutz beanspruchen dürfen und die Offenlegung solcher

Vorgänge von strafrechtlicher Verfolgung freigestellt werden muss.

Zwar haben die USA ihr Auslieferungsersuchen, das zur Festnahme Assanges geführt hat, mit einer weniger schweren Beschuldigung begründet, die nur mit maximal 5 Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden könnte. Aber selbst wenn die britische Regierung die Auslieferung nur für diese Anklage genehmigen würde: Wer möchte seine Hand ins Feuer dafür legen, dass solche Garantien nach internationalem Recht von den USA dann eingehalten würden?

Mehr: <https://www.ialana.info/?na=v&nk=2729-c224f3a328&id=41>

(1) (SiG-Red.) Offener Brief von Chelsea Manning , 5. Mai 2019: <https://www.rubikon.news/artikel/die-beugehaft>

IALANA = „International Association of Lawyers against Nuclear Arms (IALANA)“ <https://www.ialana.de/>

Mathias Bröckers

Assange:

Es geht um einen Präzedenzfall von internationaler Bedeutung

Der Sonderberichterstatter des Hochkommissariats für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen, der Schweizer **Nils Melzer**, der zusammen mit zwei medizinischen Experten Julian Assange im Gefängnis besuchen konnte, hatte in seinem **Gutachten** am 31. Mai 2019 von der massiven “psychologischen Folter” gesprochen, der Assange seit Jahren ausgesetzt werde und ein sofortiges Ende der “kollektiven Verfolgung” des Wikileaks-Gründers gefordert. “In 20 Jahren Arbeit mit Opfern von Krieg, Gewalt und politischer Verfolgung”, so Nils Melzer, “habe ich noch nie erlebt, dass sich eine Gruppe demokratischer Staaten zusammenschließt, um ein einzelnes Individuum so lange Zeit und unter so geringer Berücksichtigung der Menschenwürde und der Rechtsstaatlichkeit bewusst zu isolieren, zu verteufeln und zu missbrauchen”.

Klarer und deutlicher als in dem Statement des UN-Folterexperten kann man kaum benennen, welchem menschenunwürdigen Unrecht Julian Assange seit Jahren ausgesetzt ist, doch abgesehen von einigen alternativen Medien erregten diese Anklagen kein größeres Aufsehen. Sie verschwanden sofort wieder aus den Nachrichten und der britische Außenminister Jeremy Hunt verbat sich die “hetzerischen Anschuldigungen” des UN-Berichterstatters.

Der längere Artikel – mit Zitaten aus einem **Artikel** vom Sonderberichterstatter vom 26.6.2019 – steht hier: **Telepolis** (NDS 1 Juli19)

Air Base Ramstein schließen!

Der US-Militärstützpunkt Ramstein ist ein zentrales Drehkreuz für die Vorbereitung und Durchführung völkerrechtswidriger Angriffskriege.

Die meisten tödlichen Einsätze US-amerikanischer Kampfdrohnen, u.a. in Irak, Afghanistan, Pakistan, Jemen, Syrien und Afrika, werden über die Satellitenrelaisstation auf der US-Air-Base Ramstein durchgeführt.

US-Drohnenpiloten auf verschiedensten Militärbasen nutzen Ramstein für die Steuerung der Killerdrohnen in weltweiten und illegalen Kriegseinsätzen.

Die US-Regierung hat mittels Drohnen in Pakistan, Jemen und Somalia fast 5000 Menschen außergerichtlich getötet – sowie über 13.000 im Afghanistan-Krieg. Ungezählte Opfer gab es durch US-Drohnen im Irak, in Syrien und in Libyen. Die große Mehrzahl der Opfer waren Unbeteiligte wie Frauen, Kinder und alte Menschen.

Ohne Ramstein würde der gesamte Drohnenkrieg auf unbestimmte Zeit empfindlich behindert.

<https://www.ramstein-kampagne.eu/unterstuetze-die-kampagne/>

Video der Abendveranstaltung am 28.Juni 2019 – mit: **Ann Wright**, eine pensionierte Oberstin der United States Army, ehemalige Mitarbeiterin des Auswärtigen Dienstes der USA und Aktivistin der Friedensbewegung. Am Tag vor Beginn des Irakkriegs trat sie aus Protest gegen den Irakkrieg von ihrem Posten bei den Streitkräften und dem Auswärtigen Dienst zurück.

Andrej Hunko ist Europapolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Bundestag und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates für Die Linke. Ein Arbeitsschwerpunkt ist die Drohnen-Thematik.

Rainer Mausfeld ist ein deutscher Professor für Allgemeine Psychologie an der Universität Kiel und wurde durch seine 2015 veröffentlichte Kritik an der repräsentativen Demokratie und den Funktionen der Massenmedien bekannt.

[Video über die Aktionswoche](#)

Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen - ICAN Neue Studie zu Investitionen in Atomwaffen - Deutsche Bank an erster Stelle!

05. Juni 2019 - Laut der Studie der ICAN-Partnerorganisation pax christi "[Shorting our security – Financing the companies that make nuclear weapons](#)" finanzieren deutsche Kreditinstitute die Herstellung von Atomwaffen mit Milliardenbeträgen. **Elf deutsche Finanzdienstleister** haben den Atomwaffen-Produzenten seit Januar 2017 insgesamt rund 11,67 Milliarden US-Dollar (10,36 Milliarden Euro) zur Verfügung gestellt.

Spitzenreiterin ist weiterhin die **Deutsche Bank** mit 6,757 Dollar, die ihre Investitionen gegenüber den Vorjahren sogar noch gesteigert hat. Im Mai letzten Jahres hatte die Deutsche Bank angekündigt ihre Geschäftsbeziehungen zu Atomwaffen-Herstellern beenden zu wollen.

Platz 2 nimmt die **DZ-Bank** mit 1,525 Milliarden Dollar ein, gefolgt von der **Commerzbank** mit 1,322 Mrd. Dollar. Die DZ Bank, die Zentralbank für alle Volks- und Raiffeisenbanken, hat die Finanzierung von Atomwaffensystemen von 470 Mio. US-Dollar (Januar 2014) auf 1,525 Milliarden Dollar (Januar 2017) gesteigert.

Die Studie geht auch auf **in Deutschland tätige Unternehmen** ein. Im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO stationieren die USA in fünf europäischen Ländern etwa 180 Atomwaffen des Typs B-61 – Italien, Niederlande, Belgien, Türkei und Deutschland. Derzeit laufen die Modernisierungsmaßnahmen, um die B-61 mit der neueren B-61-12 zu ersetzen. Unter anderem produziert das Unternehmen **Boeing** für die in den Teilhabestaaten der NATO stationierten Bomben Heckbauteile in einem Auftragsvolumen von 163 Millionen Euro. Diese sollten im Mai 2019 auftragsgemäß fertiggestellt werden, unklar bleibt wann die modernisierten Waffen in die europäischen Stützpunkte ausgeliefert werden.

Deutsche Friedensforschungsinstitute warnen in ihrem [Friedensgutachten](#), dass die nukleare Weltordnung in akuter Gefahr sei und mit ihr die Stabilität des internationalen Systems. „Die Aufträge für eine Modernisierung der Atomwaffen zeigen, dass wir uns bereits mitten in einem neuen Rüstungswettlauf befinden. Deutschland unterstützt dies durch nukleare Teilhabe und Stationierung von US-Atomwaffen in Büchel. Wer sich jedoch weltweit glaubhaft für nukleare Abrüstung einsetzen will, darf selbst keine Atomwaffen stationieren und modernisieren lassen“, so Anne Balzer, Referentin bei ICAN-Deutschland.

Die Bevölkerungen der NATO-Teilhabe-Staaten sprechen sich seit Jahren mehrheitlich gegen die Stationierung von US-Atomwaffen aus, wie eine [aktuelle Umfrage im April 2019](#) bestätigt.

<https://www.icanw.de/pressemeldungen/studie-investitionen-atomwaffen/>

Übersicht über die deutschen Investitionen in Atomwaffentechnologie seit Januar 2017:

- 1.Deutsche Bank: 6,757 Mrd. Dollar
- 2.DZ-Bank: 1,525 Milliarden Dollar
- 3.Commerzbank: 1,322 Mrd. Dollar
- 4.Allianz: 936 Mio Dollar
- 5.BayernLB: 518,6 Mio Dollar
- 6.IKB Deutsche Industriebank: 163,2 Mio Dollar
- 7.Landesbank Hessen-Thüringen: 148,1 Mio Dollar
- 8.Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 115,1 Mio Dollar
- 9.Landesbank Baden-Württemberg (LBBW): 115,1 Mio Dollar
10. Siemens: 114,1 Mio Dollar

Büchel ist überall - atomwaffenfrei.jetzt! Aktionspräsenz 2019 20 Wochen gegen 20 Atombomben - Mach mit!

Aufbauend auf den letzten Jahren, verstärken wir den Druck gegen die 20 Atombomben in Büchel! Wir werden 20 Wochen lang protestieren: **von 26. März bis 9. August 2019**. In den USA steht die Produktion der neuen Atombomben B61-12, die in Büchel stationiert werden sollen, in den Startlöchern. **US-Präsident Trump will den INF-Vertrag kündigen. Wir aber fordern: Deutschland muss dem UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag beitreten!**

<https://buechel-atombombenfrei.jimdo.com/>

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. Israel ist kein demokratischer Staat mehr BDS nicht mit Antisemitismus gleichsetzen

[Pressemitteilung](#) Bad Burg, den 23.05.2019

Wer die Debatte zum **Antrag** „Der BDS-Bewegung entgegenzutreten - Antisemitismus bekämpfen“ von Union, SPD, Grünen und FDP verfolgte, konnte unschwer erkennen, wie undifferenziert diskutiert wurde.

Die Befürworter des Antrages bekannten sich bedingungslos zum Existenzrecht des Staates Israel, das angeblich durch die in Palästina geborene und in vielen Ländern unterstützte gewaltfrei BDS-Bewegung gefährdet sei.

Die Entschließung des Bundestages versetzt die Solidaritätsbewegung und etliche NGOs in eine besorgniserregende Entwicklung. Ihre Bemühungen um sachliche Aufklärung für einen gerechten Frieden und die Beendigung der israelischen Besatzung unter Einhaltung von Menschen- und Völkerrecht, freier Meinungsäußerung und Selbstbestimmung werden pauschal als israelkritisch und antisemitisch eingestuft. Es war mehr als erkennbar, dass die palästinanahen Solidaritätsgruppen „mundtot“ gemacht werden sollen.

Dass die unterdrückte palästinensische Zivilbevölkerung mit ihrer **gewaltfreien BDS-Aktion** vorrangig **die Beendigung der Besatzung und nicht die Zerstörung des Staates Israel anstrebt**, wird von den debattierenden Mitgliedern des Bundestages mit keiner Silbe erwähnt.

Selbst der **Appell prominenter israelischer Wissenschaftler BDS nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen** und die Solidarität mit den unter schwerer Diskriminierung leidenden Palästinensern zu delegitimieren, wurde nicht beachtet. Ausgeblendet blieb die menschenverachtende Politik der israelischen Regierung und ihrer Militärverwaltung: **völkerrechtswidrige Besatzung und Annektierung**, Beschlagnahme von Grund und Boden, Bau von völkerrechtswidrigen jüdischen Kolonien, Zerstörung von Häusern, Vertreibung von Einwohnern, nächtliche Razzien, Verhaftungen und Inhaftierung von Kindern.

Dagegen wurde immer wieder betont, Israel sei doch die ein-

zige Demokratie im Nahen Osten, als hätte die israelische Regierung deshalb eine Legitimation für den permanenten Bruch des Völkerrechts und die Missachtung der internationalen Vereinbarungen. Spätestens mit der **Verabschiedung des israelischen Nationalstaatsgesetzes** (1) hätten unsere Volksvertreter wissen müssen, dass Israel sich längst davon verabschiedet hat, demokratisch zu sein. Israel ist ein rein jüdischer Staat geworden und infolgedessen kein demokratischer mehr. Henry Siegmann, früherer Direktor des amerikanischen jüdischen Kongresses: „Israel hat die Schwelle von der einzigen Demokratie im Nahen Osten zum einzigen Apartheidregime in der westlichen Welt“ überquert. Mit der Ablehnung der Zwei-Staaten-Lösung hat Israel entschieden, dauerhaft eine Besatzungsmacht zu bleiben, was Israel mehr schadet als die BDS. Die bewusst vorgenommene undifferenzierte Betrachtung, alles, was israelkritisch sei, richte sich gegen das Existenzrecht des Staates Israel und sei infolgedessen antisemitisch, zeigt deutlich, wie der Antisemitismus, den es zu bekämpfen gilt, nicht nur in Israel, sondern auch von der Mehrheit im Bundestag instrumentalisiert wird. Gideon Levy kritisiert die Resolution zutreffend: „Deutschland, Schande über euch und eure Anti-BDS-Lösung.“

Nazih Musharbash, für das Präsidium Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

<http://dpg-netz.de/>; s. auch das [Schreiben](#) an die Bundestagsfraktionen vom 16.Mai 2019

(1) <http://www.rosalux.org.il/das-umstrittene-nationalstaatsgesetz/>

Boycott gegen Israel - Vor 13 Jahren wurde die Bewegung für Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) gegründet. Zeit für eine kritische Bilanz von Nathan Thrall. <https://monde-diplomatique.de/artikel/15554925>

Israel: Demokratie, Apartheid und BDS – Einige Anmerkungen zur Antisemitismus-Debatte. Von Norman Paech, <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=52892>

Sommerakademie von attac Deutschland in Bochum
"Wie kann ein gutes Leben für Palästinenser*innen und Israel*innen erreicht werden?"

mit Wiltrud Rösch-Metzler, Matthias Jochheim,
Gabi Bieberstein, **2.8.2019, 9.30-13 Uhr**
mehr: [Friedenskooperative](#)



ICAHD

The Israeli Committee Against House Demolitions
הוועד הישראלי נגד הריסת בתים
الحركة الإسر انيلية ضد هدم البيوت

<https://www.icahd.de/> Das **israelische Komitee gegen Hauszerstörungen** ist eine Menschenrechts- und Friedensorganisation, die 1997 gegründet wurde, um Israels Besetzung der palästinensischen Gebiete zu beenden.

Gegen die G7 und ihre Welt



Alternativer Gipfel im Baskenland (19. - 26. August 2019)

Attac Frankreich

Die G7 wird ihren jährlichen Gipfel vom 24. bis 26. August 2019 in Biarritz abhalten. Die Gruppe der 7 (G7) umfasst Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Die Präsidentschaft für 2019 wird von Frankreich wahrgenommen.

Wie jedes Jahr wird dem Gipfel der Staatschefs eine Reihe von Minister-treffen vorausgehen. In den letzten Jahren wurden auch thematische 'Engagement-Gruppen' zur Vertretung der Zivilgesellschaft eingerichtet: Nichtregierungsorganisationen, Jugend, Frauen, Forschung, Gewerkschaften und Arbeitgeber.

Emmanuel Macron macht seine G7-Präsidentschaft zu einem wichtigen Thema in seinem Mandat und sagte, dass die "Bekämpfung von Ungleichheiten" eine Priorität für die G7 2019 sein wird. Doch in diesem Punkt, wie die Gelbwestenbewegung uns daran erinnert, sieht man keine Ergebnisse!

Im Gegenteil, indem sie die Austeritätspolitik unterstützt, trägt die G7 zur Zunahme der sozialen Ungleichheiten bei und verschärft trotz der Dringlichkeit die ökologische Krise. Bewegungen für eine andere Welt stellen seit langem die Legitimität der G7 in Frage, wo einige der reichsten Länder für die Welt als Ganzes entscheiden.

Mit der Verschärfung der Migrationspolitik, dem Machtantritt von Donald Trump und, in Europa, den Brexit-Verhandlungen könnte diese G7 einige Schwierigkeiten haben; auf dem letzten Gipfel wurden Meinungsverschiedenheiten deutlich, insbesondere in Bezug auf Trumps Politik "America first". Aber es wird immer eine Einigung über das Wesentliche geben, insbesondere über die Weigerung, Maßnahmen zu ergreifen, um den freien Kapitalverkehr und den Steuerwettbewerb zwischen den Ländern zu beenden.

Während sich die Gäste von Macron vom 24. bis 26. August in Biarritz treffen, werden die Sozialbewegungen

schon in der Woche zuvor einen alternativen Gipfel im Baskenland abhalten, bei dem diese Fragen diskutiert und alternative, feministische und altermondialistische Vorschläge dargelegt werden. Zu der baskischen Länderplattform "G7-EZ" gehören Verbände, Gewerkschaften, politische Parteien aus dem Norden und Süden (des Baskenlandes), und sie koordiniert mit einem Kollektiv nationaler Organisationen, um diese internationale Mobilisierung zu entwickeln.

Attac, das sowohl an der lokalen Plattform als auch am Kollektiv der nationalen Organisationen teilnimmt, hat sich entschieden, in diesem Sommer keine Sommeruniversität abzuhalten und sich in hohem Maße an der Vorbereitung dieses alternativen Gipfels zu beteiligen, insbesondere durch die Förderung von Verbindungen zu internationalen Netzwerken, einschließlich des europäischen Attac-Netzwerks.

<https://france.attac.org/agenda/article/contre-le-g7-et-son-monde>

Aufruf -

Web-Seiten: <http://alternativesg7.org/>
und im Baskenland <https://g7ez.eus/fr/>

Über 90 Organisationen bereiten diesen Alternativgipfel vor.

- 19.-20. August:** Aufbau des Dorfs des Alternativgipfels in Hendaye.
- 21.- 23. August:** Gegengipfel (Stadtzentrum von Hendaye und Kongresszentrum vom FICOPA in Irun).
- Samstag, 24. August:** Demonstration in Irun-Hendaye
- Sonntag, 25. August** um 12 Uhr: Jenseits der „Sperrzone“ in Biarritz wird die *Regenbogenzone* gebildet - durch Kundgebungen und Aufläufe auf 7 Plätzen.

Aufbau eines Camps: [Infos](#)

Alternativgipfel 21., 22., 23. August 2019

7 Themen

1. Für eine andere Welt, Ausstieg aus dem Kapitalismus und der Diktatur der multinationalen Konzerne
2. Gegen die Zerstörung unseres Planeten, lasst uns die Erde schützen, lasst uns alles Lebendige verteidigen.
3. Für eine radikal feministische Welt, nieder mit dem Patriarchat.
4. Vielfalt und Freiheit der Völker respektieren, für eine Welt ohne Kolonialismus, keine Diskriminierung
5. Für eine soziale Demokratie und gleiche Rechte für alle, nieder mit der autoritären Herrschaft.
6. Für eine gerechte Welt, die auf der Solidarität zwischen den Völkern basiert, nieder mit Kriegen und Imperialismus
7. Niemand ist auf der Welt illegal, Abschaffung der Grenzen für die Menschen

Sea-Watch-Kapitänin Pia Klemp Mit jedem Ertrinkenden im Mittelmeer stirbt ein Stück der Würde Europas

„Lasst uns nicht vergessen: Menschenrechte sind nicht bloß zu unserem persönlichen Vorteil da. Sie sind eine Verpflichtung. Mit jedem Ertrinkenden im Mittelmeer stirbt ein Stück der Würde Europas“.

Aus der [Rede](#) von Sea-Watch-Kapitänin Pia Klemp,

Der [Hausarrest](#) der Kapitänin Carola Rackete vom „See Watch 3“ wurde am 3. Juli aufgehoben. Die Ermittlungsrichterin folgte der Argumentation von Rackete. Der Vorwurf des »Widerstands gegen ein Kriegsschiff« wurde fallen gelassen. Die Richterin stellte fest, dass zur Erfüllung ihrer Pflicht – der Pflicht zur Rettung von Menschenleben – auch der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte gerechtfertigt war. Deshalb wurde auch dieser Vorwurf fallen gelassen. Darüber hinaus stellte sie fest, dass weder Tunesien noch Libyen als sicherer Hafen angesehen werden können und die Geretteten zu Recht nach Lampedusa, den nächsten sicheren Hafen, gebracht wurden. Mehr: [Pro Asyl](#)



37. Deutscher Evangelischer Kirchentag Resolution: „Schicken wir ein Schiff!“

Am Weltflüchtlingstag haben wir beim 37. Deutschen Ev. Kirchentag in Dortmund in der großen Westfalenhalle bei der Veranstaltung „Gemeinsam für offene Häfen in Europa“ Mattea Weihe von der Sea-Watch zur Situation auf dem Mittelmeer gehört: *„Weil keine Rettungsschiffe durch die Gewässer fahren, die Rettungen durchführen, steigt die Todesrate weiter, wenn wir nicht jetzt handeln. Wir brauchen wieder Schiffe, die Sorge tragen können, dass der nächste Weltflüchtlingstag gebührend gefeiert werden kann. Wir als Sea-Watch wollen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, den Städten und Kommunen, der Kirche und euch allen ein Zeichen setzen und ein Schiff in das tödlichste Gewässer der Welt schicken.“*

Ein Schiff der Gemeinschaft, der Solidarität und Nächstenliebe. Ein Schiff von uns, von euch, von allen.“

Als Kirche dürfen wir dem Scheitern der europäischen Regierungen nicht zusehen. Kleine symbolische Schritte zur Aufnahme von Flüchtlingen sind wichtig, aber beenden das Sterben im Mittelmeer durch die fehlende Seenotrettung und die fehlenden sicheren Fluchtwege nicht.

Daher fordern wir die EKD und ihre Gliedkirchen auf, selbstmutig zu handeln: Schickt selbst ein Schiff in das tödlichste Gewässer der Welt. Ein Schiff der Gemeinschaft, der Solidarität und Nächstenliebe. Ein Schiff von uns, von euch, von allen.

Angenommen mit riesiger Mehrheit im Rahmen der Veranstaltung „Kein ich ohne Wir“ beim Deutschen Evangelischen Kirchentag 2019 in Dortmund.

<https://www.kirchentag.de/mitwirken/resolutionen/>

Andrej Hunko Menschenrechtsverletzungen bei Frontex nicht unter den Teppich kehren!

Die Europäische Union errichtet eine Grenztruppe mit 10.000 Einsatzkräften. Auch das Budget wird auf mehrere Milliarden aufgestockt, bei Grund- und Menschenrechten hingegen gespart.

Der Rat und das Parlament in Brüssel haben die Kompetenzen der EU-Grenzagentur Frontex umfassend erweitert. Diese Veränderungen blieben selbst in migrations-solidarischen Bewegungen weitgehend unbeachtet.

In der neuen Verordnung einer Europäischen Grenz- und Küstenwache ist beispielsweise der Aufbau einer „ständigen Reserve“ festgeschrieben. Nach gegenwärtigem Stand soll diese Truppe bis 2021 aus 5.000 Polizist/innen bestehen und bis 2024 auf 7.000 anwachsen. Die volle Einsatzbereitschaft

ist mit 10.000 Einsatzkräften in 2027 anvisiert. Die deutsche Bundespolizei stellt dann rund ein Zehntel dieses Personals. Die Grenzagentur beschafft außerdem eigenes Material, Ausrüstung und Fahrzeuge. Erst kürzlich hat der Frontex-Chef Fabrice Leggeri neue geländegängige Jeeps mit Frontex-Logo vorgestellt. Die ersten Flugzeuge mit Frontex-Aufdruck sind hingegen große Drohnen aus Italien und Israel, die seit letztem Jahr für die Europäische Union das Mittelmeer überwachen. Polen bleibt in der neuen Verordnung Sitzstaat von Frontex.

Quelle: [Andrej Hunko](#), [Die Freiheitsliebe](#) (Danke an die Nachdenkseiten für den Hinweis, SiG-Red.)

Tragische Konsequenzen

Scharfe Kritik an der EU hat zum Weltflüchtlingstag der **Europarat** geübt. Dass die Union und ihre Mitgliedstaaten sich im Mittelmeer überwiegend auf die Flüchtlingsabwehr konzentrierten anstatt "auf humanitäre Aspekte und Menschenrechte", habe "tragische Konsequenzen", urteilt die Menschenrechtsbeauftragte des Europarats, Dunja Mijatović. Seit 2014 - damals wurde vor allem auf Drängen Berlins die italienische Seenotrettungsoperation "Mare Nostrum" beendet [1] - seien auf der Flucht vor "Krieg, Verfolgung und Armut Tausende Menschen im Mittelmeer gestorben", stellt Mijatović fest. Tatsächlich kamen dort von 2015 bis 2018 laut Zählung der International Organization for Migration (IOM) mindestens 11.897 Menschen ums Leben. Hinzu kommen in diesem Jahr laut Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR bislang mindestens 559 Todesopfer (Stand: 19. Juni). Trotz des Massensterbens seien die Rettungsoperationen noch reduziert worden, konstatiert Mijatović; die EU kooperiere zudem weiter mit Ländern, die eine desaströse Menschenrechtsbilanz aufwiesen, während NGOs, die "das Vakuum füllen, das durch den Rückzug der Staaten aus der humanitären Hilfe entsteht", mit "administrativen und juristischen Verfahren schikaniert werden".[2] Dies müsse sich dringend ändern.

"Ein inakzeptabler Skandal"

Massiven Protest äußern auch **große internationale Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen**. Vor einem Jahr habe man die Regierungen der EU angefleht, "Menschenleben über die Politik zu stellen", konstatiert Annemarie Loof, Leiterin der Hilfseinsätze von **Ärzte ohne Grenzen**: "Wir baten um eine menschliche Antwort, um ein Ende der Entmenschlichung verletzlicher Menschen auf See".[3] Stattdessen habe "die europäische Antwort erbärmliche neue Tiefpunkte erreicht"(...) Ähnlich äußert sich Amnesty International. "Insbesondere das menschenverachtende wochenlange Geschachere bei der Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen, die aus Libyen nach Europa fliehen, muss aufhören", erklärt die Organisation anlässlich des

Weltflüchtlingstags: "Dass die EU keine Menschen mehr aus Seenot rettet und darüber hinaus die Arbeit der Seenotrettungsorganisationen sogar noch blockiert, ist ein inakzeptabler Skandal." [4] Die Kritik ist auch insofern bemerkenswert, als Berlin und Brüssel Proteste der zitierten Menschenrechtsorganisationen wegen Verbrechen mit einer hohen Zahl an Todesopfern bei Bedarf regelmäßig nutzen, um politische oder gar militärische Interventionen in anderen Staaten zu legitimieren. Proteste gegen Verbrechen der EU und ihrer Mitgliedstaaten hingegen werden ebenso regelmäßig ignoriert.

Seenotrettung unter Strafe

Scharf angeprangert wird weithin insbesondere das Vorgehen mehrerer EU-Staaten gegen private Seenotretter und gegen andere Unterstützer von Flüchtlingen.

Italien prescht unter der Führung von Innenminister Matteo Salvini (Lega) vor, hat seine Häfen für Rettungsschiffe geschlossen und Personen, die Flüchtlinge vor dem Tod auf dem Meer bewahren, vor Gericht stellen lassen. In der vergangenen Woche hat die italienische Regierung zusätzlich ein Dekret auf den Weg gebracht, das Schiffseignern sowie Kapitänen, die "ohne Genehmigung in italienische Hoheitsgewässer eindringen", eine Geldstrafe von bis zu 50.000 Euro androht; Schiffe, die wiederholt gegen das Dekret verstoßen, sollen beschlagnahmt werden.[5]

In der **Bundesrepublik** hatte Innenminister Horst Seehofer (CSU) schon im vergangenen Sommer strafrechtliche Schritte gegen Seenotretter verlangt.[6] Flüchtlingshelfer sind auch in weiteren EU-Staaten gerichtlich belangt worden, so etwa in Frankreich.[7] In Deutschland wiederum sieht ein neues Gesetz vor, die Weitergabe von "Informationen zum konkreten Ablauf einer Abschiebung" unter Strafe zu stellen [8]. Dies richtet sich ebenfalls gegen Personen und Organisationen, die Flüchtlinge unterstützen.

"Die tödlichste Grenze weltweit"

Das Vorgehen gegen Seenotretter treibt mittlerweile auch die großen christlichen Kirchen in offene Opposition zur EU-Flüchtlingsabwehr. Papst Franziskus

spricht sich schon seit Jahren gegen die in der EU üblichen Abwehrpraktiken aus.[9] Anfang Juni hat nun auch die Evangelische Kirche in Deutschland Position bezogen. "Das Mittelmeer ist weiterhin die tödlichste Grenze weltweit", heißt es im Appell von Palermo, den der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm sowie der Bürgermeister der sizilianischen Stadt Palermo, Leoluca Orlando, am 3. Juni unterzeichnet haben: "*Viele sterben in diesen Tagen ungesehen, ohne in den Statistiken erfasst zu sein. Europa steht jetzt vor der Wahl: Wollen wir 2019 helfen oder wegschauen?*"[10] Bedford-Strohm und Orlando fordern: "*Die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung muss ein Ende haben. Jetzt!*" (...)

Die EU vor Gericht

Parallel zu den wachsenden Protesten beschäftigt die EU-Flüchtlingsabwehr zunehmend die internationale Justiz. Zu Monatsbeginn haben Menschenrechtsanwälte beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag Anzeige wegen des Flüchtlingssterbens im Mittelmeer erstattet [11]. Bereits zuvor hatten Anwälte, die sich unter dem Namen Global Legal Action Network (GLAN) zusammengeschlossen haben, ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strasbourg angestrengt. Gegenstand ist das Vorgehen der griechischen Behörden gegen den dänischen Seenotretter Salam Kamal-Aldeen, der im Herbst 2015 begonnen hatte, von der griechischen Insel Lesbos aus Flüchtlinge zu retten, die hilflos in ihren Booten auf dem Meer trieben. Kamal-Aldeen wurde im Januar 2016 festgenommen und für seine Rettungsaktivitäten in einem Strafverfahren mit zehn Jahren Haft bedroht. GLAN will nun eine Klärung des Falles zugunsten von Kamal-Aldeen vor dem EGMR erreichen, dies auch stellvertretend für andere Seenotretter, die in der EU verfolgt werden, weil sie Flüchtlinge vor dem Tod bewahren.[12]

[1] S. dazu [Die tödlichste Migrationsroute der Welt](#).

[2] Council of Europe member states must assume more responsibility for rescuing migrants at sea and protecting their rights. coe.int 18.06.2019.

[3] European policies continue to claim lives on the Mediterranean Sea. msf.org 12.06.2019.

[4] Weltflüchtlingstag 2019: Amnesty International fordert mehr Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme in Europa. Pressemitteilung vom 19.06.2019.

[5] Italien geht gegen Flüchtlingshelfer vor. tagesschau.de 12.06.2019.

[6] Kordula Doerfler: Lage spitzt sich weiter zu - Kritik auch an Horst Seehofer. berliner-zeitung.de 28.06.2018.

[7] Rudolf Balmer: Kann Solidarität eine Straftat sein? taz.de 01.06.2018.

[8] S. dazu [Das Hau-ab-Gesetz](#).

[9] S. dazu [Das Leiden des Anderen](#) und [Lagerland](#).

[10] Palermo-Appell. ekd.de 03.06.2019.

[11] S. dazu [Die tödlichste Migrationsroute der Welt](#).

[12] Cain Burdeau: Greece Faces Human Rights Court for Arresting Man Who Rescued Refugees. courthousenews.com 18.04.2019.

Quelle: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7973/>

IPPNW

Sammellager für Geflüchtete verstoßen gegen Menschenrechte

20. Juni 2019

Die Ärzte in sozialer Verantwortung IPPNW und „borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen“ üben scharfe Kritik an den Sammellagern für Geflüchtete in Europa und Deutschland sowie der Zusammenarbeit der Europäischen Union mit der libyschen Küstenwache. Die Organisationen fordern die **Abschaffung von sogenannten „Hotspots“ und „Transitzentren“** an den Außengrenzen Europas sowie ein **Verbot der Inhaftierung von Schutzsuchenden**. UN- und Botschaftsberichte belegen, dass Schutzsuchende in Libyen systematisch Folter, Versklavung und Gewalt ausgesetzt sind. Dementsprechend muss die Zusammenarbeit mit der sogenannten »libyschen Küstenwache« beendet werden und es darf keine Zurückführung nach Libyen geben.

Lager wie Moria auf Lesbos dienen als Abschreckungsinstrumente der EU-Migrationspolitik mit ihren katastrophalen und menschenunwürdigen Bedingungen für Geflüchtete. Geflüchtete berichten, dass sie dort physisch und psychisch gesund und stark ankamen, aber dass die Bedingungen in dem Lager sie nach zwei oder drei Monaten krank machten. Viele Menschen dort bekämen psychische Probleme, sie seien traumatisiert. „Dieses

abschreckende Lagermodell der Hotspots soll jetzt zunehmend auch z.B. in Deutschland in Form der Ankerzentren etabliert werden. Die aktuellen Gesetzesvorhaben bestimmt Abschreckung um jeden Preis, ohne Rücksichtnahme auf humanitäre und menschenrechtliche Konventionen“, erklärt Harald Glöde von borderline-europe.

Die **Situation in deutschen ANKER-Zentren** verletzt nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen rechtsstaatliche Schutznormen, weil bei diesen Verfahren weder die Vertretung durch Rechtsanwälte noch die wirksame Kontrolle behördlicher Entscheidungen durch unabhängige Gerichte gewährleistet ist. Kinder- und Jugendarzt und IPPNW-Mitglied Dr. Thomas Nowotny kritisiert die geplante Verlängerung der Höchstdauer in den ANKER-Zentren auf 18 Monate. Schon heute würden dort 10% der bayerischen Insassen über 18 Monate festgehalten. Er selbst kenne eine Familie mit einer schwerst traumatisierten Mutter und zwei Kleinkindern, die seit mehr als zwei Jahren in Manching ausharren müsse. „Jeder Tag in einem solchen Lager macht krank, Kinder noch mehr als Erwachsene. Aus ärztlicher Sicht müssen die ANKER-Zentren sofort geschlossen

werden und der Aufenthalt in jeder Art von Erstaufnahme-Einrichtung so kurz wie möglich sein“, so Dr. Nowotny. Noch immer könnten dort die Wohnungen z.B. nicht abgeschlossen werden, alle hätten Angst vor nächtlichen Abschiebungen. Noch immer fehle eine angemessene Kinderbetreuung, es gebe keine Kochmöglichkeit und nur Kantinenessen auch für Kleinkinder. Noch immer sei der Zugang zur medizinischen Versorgung eingeschränkt.

IPPNW und borderline-europe begrüßen die Gründung eines **Bündnisses von 60 Kommunen, die die Bundesregierung aufrufen, Regelungen zur Umsetzung der Forderungen der »Sicheren Häfen« zu schaffen.**

<https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/>

*Die IPPNW bereitet für kommendes Jahr in Zusammenarbeit mit dem Permanent Peoples' Tribunal, borderline-europe, Women in Exile, Ärzte der Welt, dem Medibüro Berlin und Yaar e.V. ein zivilgesellschaftliches Menschenrechtstribunal zu dem Recht auf Gesundheit und körperliche und seelische Unversehrtheit von Geflüchteten und Migrant*innen vor.*

www.ippnw.de

Medien außer Kontrolle: Wie Deutsche gegen Flüchtlinge mobilisiert werden

13.06.2019

Die „Flüchtlingskrise“ sei in Wahrheit eine gewaltige Medien- und Politikkrise, so **David Goeßmann**. In seinem Buch **„Die Erfindung der bedrohten Republik“** deckt der Journalist und Kontext-TV-Mitbegründer auf, wie die großen Leitmedien die Deutschen in die Irre führten.

Sie hätten mit manipulativen Mitteln Mythen verbreitet. Primäres Ziel der politischen Inszenierungen sei es, das ver-

scharfte Abschottungssystem durchzusetzen. Denn Regierung und Wirtschaftseliten setzten trotz gegenteiliger Rhetorik seit Jahrzehnten auf „Flüchtlingsbekämpfung“. Im starken Kontrast zur Fachwelt und den meisten Bürgern in der EU, die mehr Verantwortungsübernahme ihrer Regierungen und ein Ende der Abwehrpolitik fordern. Wenn die Industriestaaten ihren Kurs gegenüber dem Globalen Süden nicht änderten, drohe angesichts der Klimaerwärmung eine Eskalation der Krisen.

<http://www.kontext-tv.de>

Mathea Schülke

[@MatheaSchuelke](#) 22. Juni

Im Rahmen der Proteste in **#Ostritz** gegen rechtsextremes Festival **#SchildundSchwert** haben die Bewohner/-innen ein Paar Schuhe für jede(n) der 2262 Ertrunkene(n) im Mittelmeer 2018 auf der Straße hingestellt.

S. auch: www.tag24.de

EU-Mercosur Abkommen

Die EU hat sich Ende Juni 2019 auf den Abschluss der Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit Mercosur (Vollmitglieder: Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) geeinigt ([offizieller Text](#) und [PM](#) der EU-Kommission). [German Foreign Policy](#) nennt die Hauptprofiteure; [Franzisco Mari](#) geht auf die Schäden für die Bauern weltweit ein; [Via Campesina und Attac Österreich](#) warnen vor laxeren Lebensmittelkontrollen; [340 Organisationen](#) hatten die Innenpolitik und die umweltschädigende Politik von Bolsonaro angeprangert. Das Abkommen muss noch von den einzelnen Staaten und vom EU-Parlament ratifiziert werden.

German Foreign Policy Freihandel mit Folgen

(...) Die EU hat bereits Freihandelsvereinbarungen mit zahlreichen Ländern und regionalen Zusammenschlüssen in Lateinamerika geschlossen.[1] Dem neuen Abkommen mit dem Mercosur kommt allerdings - neben demjenigen mit Mexiko - spezielle Bedeutung zu. Ist Mexiko für die EU nicht nur als Absatzmarkt interessant - seine Einwohnerzahl ist die zweithöchste unter den Ländern Lateinamerikas -, sondern vor allem als Produktionsstandort für Verkäufe in die USA, so ragt der Mercosur ebenfalls wegen seiner Marktgröße, aber auch wegen seiner politischen Rolle heraus. Brasilien, das die größte Bevölkerung ganz Lateinamerikas verzeichnet, erarbeitet gut drei Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung des Mercosur und strebt nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch eine Führungsposition in Südamerika an.

Die Hauptprofiteure

Auf Seiten der EU erhoffen sich von dem Abkommen vor allem Industrieunternehmen steigende Profite. (...) Der größte Lieferant des Mercosur in der EU ist die Bundesrepublik; entsprechend können deutsche Unternehmen als Hauptprofiteure des Freihandelsabkommens gelten, zumal die deutsche Industrie seit Jahrzehnten eine starke Stellung nicht zuletzt in Brasilien hält - so etwa in der Industriemetropole São Paulo. [2] Exportzuwächse erhofft sich insbesondere die Kfz-Branche. Dies betrifft zum einen die Lieferung von Fahrzeugen vor allem auf den schnell wachsenden brasilianischen Automarkt, daneben aber auch den Export von Autoteilen an Fabriken im Mercosur, darunter VW do Brasil und Mercedes-Benz Argentina. Deutschland ist - nach China und vor den USA - Brasiliens zweitwichtigster Kfz-Zulieferer.[3] (...) Südamerikanische Kritiker warnen bereits ausdrücklich, das Freihandelsabkommen werde "katastrophale Auswirkungen" haben; es könne sich als "Todesurteil für unsere Industrie" erweisen, heißt es in einer Erklärung von insgesamt 20 Gewerkschaften aus den Mercosur-Staaten und Chile.[4] Tatsächlich ist die Vereinbarung geeignet, den Mercosur auf eine klassisch koloniale Stellung festzulegen - als Absatzmarkt für EU-Industrieerzeugnisse und Lieferant von Rohstoffen.

Berlin besiegt Paris

Innerhalb der EU hat das Freihandelsabkommen alte Risse offengelegt und die Spannungen in der Union weiter erhöht. Ausdrücklich unterstützt worden ist die Einigung auf den Vertrag vor allem von Deutschland, dessen Industrie die

größten Profite erwartet. Explizit befürwortet wird die Vereinbarung außerdem von Spanien und Portugal [5], die von den historischen Bindungen an ihre ehemaligen Kolonien zu profitieren hoffen. Scharf kritisiert ist das von der EU-Kommission ausgehandelte Abkommen allerdings von EU-Staaten, deren Landwirtschaft durch die Konkurrenz aus dem Mercosur erhebliche Einbußen zu erleiden droht; vor allem Frankreich und Irland haben sich deshalb energisch um klare Änderungen an dem Vertrag bemüht. Durchgesetzt hat sich letzten Endes die deutsche Position. Für Frankreich schmerzlich ist nicht nur die erneute Niederlage im Machtkampf gegen die Bundesrepublik, sondern auch, dass Berlin Madrid, mit dem Paris manches Interesse teilt, in Sachen Mercosur auf seine Seite gezogen hat. Freilich muss das Abkommen noch vom Europaparlament und von den nationalen Parlamenten abgesegnet werden. Widerstände sind dabei nicht ausgeschlossen. (...)

[1] Die EU unterhält Freihandelsvereinbarungen mit Mexiko, mit Zentralamerika (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama), mit 15 Staaten der Karibik, mit Teilen der Andengemeinschaft (Kolumbien, Peru, Ecuador) und mit Chile.

[2] S. dazu [Der Chicago Boy und sein Präsident](#).

[3] Branche kompakt: Brasiliens Kfz-Markt auf Erholungskurs. [gtai.de](#) 27.02.2019.

[4] Marta Andujo: Nach der Euphorie kommt Kritik am EU-Mercosur-Freihandelsabkommen. [amerika21.de](#) 01.07.2019.

[5] Christoph G. Schmutz: Unterhändler ringen um ein Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten. [nzz.ch](#) 27.06.2019.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7982/>

Francisco Marí, Brot für die Welt Das Mercosur schadet BäuerInnen weltweit

Am Rande des G-20 Gipfels in Japan ist es nun doch passiert und die EU konnte sich auf den Abschluss der Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur Staaten einigen. Der Jubel der neoliberalen Propheten und ihrer Presse kennt keine Grenzen. Schon wieder werden Arbeitsplätze und Geldgewinne für „die Deutschen“ prophezeit. Die EU beschwichtigt Kritiker mit Schutzklauseln für Menschen, Umwelt und Arbeitsrecht. Die hohen Standards Europas würden nicht verwässert werden. Sonst an der Speerspitze der globalen Marktöffnungsbefürworter vergießt der Bauernverband Krokodilstränen für bäuerliche Familien in der EU und gegen den Import von Genprodukten. Was niemand

wahrnimmt ist aber, dass die Abschaffung der meisten EU Agrarzölle für verarbeitete Produkte aus Brasilien, die Zukunft für Afrika auf eine Wertschöpfung aus ihren Rohexporten verbaut. Damit ist viel gesagt über die Ehrlichkeit der Bundesregierung und der EU in ihren Sonntagsreden Afrika beim Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu unterstützen.

Es ist klar wer die Sieger sind in diesem Abkommen. Es sind wieder einmal die deutschen Konzerne - die Exportweltmeister von Autos, Maschinen und Chemieprodukten. Insofern hat Bauernpräsident Rukwied recht. Das Auto hat gewonnen, die Kuh hat verloren. Allerdings sind seine Krokodilstränen kaum glaubhaft, wenn er durch die hohen Fleisch- und Zuckerquoten zugunsten der Mercosur-Länder zurecht Schwierigkeiten auf bäuerliche Familienbetriebe in der EU beklagt. Ist es nicht sein Verband der zusammen mit EU und Bundesregierung die Landwirte seit Jahren durch eine naturzerstörende Intensivierung der Produktion zu einer größeren Abhängigkeit vom Exportgeschäft treibt? Hunderttausende haben in diesem Exportrennen in der EU ihre Höfe verloren. Und jubelten nicht DBV Präsident Rukwied und Landwirtschaftsministerin Klöckner jüngst über die weitere Öffnung des chinesischen Marktes für EU Agrarexporte und über das EU-Vietnam Abkommen. Dieses zwingt Vietnam innerhalb von ein paar Jahren zum vollständigen Abbau von Schutzzöllen für EU Schweinefleisch. Das wird vielen vietnamesischen Kleinhaltern ihre Existenz kosten. Wo ist da der Aufschrei von Herrn Rukwied gewesen? Ganz zu schweigen von den jahrzehntelangen Schäden von EU Agrarexporten nach Afrika.

Bauernverband gegen EU-Mercosur Abkommen

Es ist also wenig glaubwürdig wenn die Befürworter von Glyphosat und Gentechnik, von Massentierhaltung und Nitratbelastung des Grundwassers nun im Namen der bäuerlichen Familien in Europa, der Gegner von Gentechnik und des Schutzes der Amazonaswälder gegen das Mercosurabkommen zu Felde ziehen wollen. Bisher war von ihnen nichts zu hören beim Ausbau des Sojaanbaus in Südamerika für die deutsche Fleisch- und Milchproduktion, obwohl er auf Kosten der Gesundheit der indigenen Bevölkerung durch exzessiven Glyphosateinsatz geht und mit ihrer Vertreibung wegen extensiver Rodung des Amazonaswaldes verbunden ist. Da ist der jetzige Protest gegen das Abkommen der EU doch etwas scheinheilig. (...)

Nicht dabei und dennoch geschädigt – Afrikas KleinbäuerInnen

(...) Wie beim geplanten TTIP mit den USA hat dieses Abkommen auch massive Wirkungen auf Drittstaaten, die gar nicht mit am Verhandlungstisch sitzen. Das jetzige mit Lateinamerika hat ganz besonders negative Wirkungen, zum Beispiel auf Afrika. Bundesminister Müller wird nicht müde zurecht mehr Wertschöpfung aus den afrikanischen Rohstoffen in Afrika selbst einzufordern. Aber nun wird diese gute Absicht – wie so vieles nicht mal im Ansatz realisiert- zu-

gunsten der afrikanischen Kakao- Kaffee- und Obstproduktion durch einen neuen Exportriesen durchkreuzt: Brasilien. Nicht weil es bisher Zölle auf brasilianische Rohware gegeben hätte. Rohkakao oder Rohkaffee, aber auch Mangos, Ananas oder Orangen aus Ghana, Uganda oder Brasilien wurden bisher schon zollfrei in die EU eingeführt.

Nein, die Zollsenkungen im Mercosur Abkommen für die Einfuhr in die EU betreffen im Agrarbereich vor allem die verarbeiteten Produkte. Musste bisher Schokolade, gerösteter Kaffee oder Orangensaft im 1 Liter Behälter aus Brasilien noch 10 -20% Einfuhrzoll in der EU zahlen, fällt das in Zukunft weg. Damit ist Brasilien gegenüber den ärmsten Ländern, die ihre Produkte, wie zum Beispiel Kakao, zumindest mit einem Verarbeitungsschritt veredeln wollen, z.B. zu Kakaobutter beim Einfuhrzoll in die EU gleichgestellt – kein Zoll. Zum Teil ist Brasilien in Zukunft sogar gegenüber den ärmsten Ländern (ohne EPA) im Vorteil, wenn man die sog. Ursprungsregeln betrachtet, wie z.B. für Milkschokolade aus Afrika, da es den Zucker dafür selbst herstellt. Siehe diesen Blogbeitrag.

Präferenzerosion:

EU nimmt armen Länder ihre Handelsvorteile

Diese Handelssituation erleben die ärmsten Länder schon länger und nennt sich „Präferenzerosion“. Hatte man den armen Ländern für ihre Entwicklung noch vor 20 Jahren exklusiven zollfreien Zugang zum EU Markt gegeben, erhalten ihn nach und nach auch Industrie- und Schwellenländer, wie nun die Mercosur Staaten. Der Vorteil für die Ärmsten schmilzt und Investoren, die vielleicht darauf gebaut haben, die schlechteren Ausgangsvoraussetzungen in Afrika durch Zollfreiheit in die EU auszugleichen, werden sich nun überlegen, ob sie in Wertschöpfung der Rohprodukte investieren, wie Bundesminister Gerd Müller das für Afrika erwartet. Das gilt auch für den Textilbereich, wo auch die Einfuhrzölle aus Südamerika in die EU fallen sollen. Dabei haben die EU und Bundesregierung seit der sogenannten Migrationskrise 2015 mit unzähligen Programmen, wie Marshallplan, Compact with Afrika oder dem Entwicklungsfonds AfricanGrowth versucht Investoren nach Afrika zu locken. Das Ziel dabei ist, dass die Tafel Milkschokolade, der Ananassaft oder der Röstkaffee direkt aus Afrika in unsere Supermarktregale kommen und die so sehr ersehnten Arbeitsplätze in Afrika schaffen, damit es niemand mehr riskieren muss nach Europa zu fliehen. Selbst wenn das ehrlich gemeint war, werden Investoren jetzt nicht mehr von dem Vorteil profitieren können, dass afrikanische Produkte exklusiv zollfrei sind. Nun haben Schokolade oder Orangensaft aus Togo oder Brasilien den selben Zollsatz, nämlich gar keinen Zoll. Da Brasilien sowie schon bei vielen Produkten günstiger produziert als Afrika, kann es nun seine Produktion bei verarbeiteten Produkten massiv ausweiten, z.B. bei Kakaomasse, Obstsaften und Gemüsekonserven. Damit wird nicht nur der Aufbau einer afrikanischen Weiterverarbeitung verhindert, sondern die eine Produktionsausweitung bei den Rohprodukten (Kakao, Zucker, Obst) wird auch die Rohpro-

duktion in Afrika bedrohen und zumindest werden dadurch die Weltmarktpreise in den Keller ziehen.

Diese „Präferenzerosion“ bei gleichen Produkten wird auch in anderen Bereichen stattfinden, wie beim Export von Fischdosen aus Cote d’Ivoire, grünen Bohnen aus Kenia oder Zitrusfrüchten aus Südafrika. Auch die Ausweitung der Quotenimporte in die EU für Rindfleisch und Geflügel werden direkt Namibias Rindfleischexporte treffen und beim Geflügel werden indirekt wieder hunderttausende Tonnen Hähnchenteile aus Brasilien die afrikanischen Märkte neu überfluten. Denn die EU wird die neue 100.000 Tonnen Einfuhrquote für Geflügel aus Südamerika auf Einfuhren von Hähnchenfilet beschränken. Dies schafft wieder dreimal so viel Menge an „Resten“, die Brasilien, wie bisher und genauso wie die die EU und die USA nach Afrika verschiffen. Schöne Aussichten für die afrikanischen Tiermäster.

Brasilien bedroht Aufbau afrikanischer Wertschöpfung bei Agrarproduktion

Auch damit wird deutlich, wie die Interessen der deutschen und europäischen Konzerne, trotz aller politischen Lippenbekenntnisse für Umwelt, Menschenrechte, EU BäuerInnen und ein afrikanisches Wachstum, immer die Richtschnur für Entscheidungen von EU-PolitikerInnen und vor allem für die EU-Kommission sind. Wahrscheinlich wird auch hier die EU „besondere Hilfen“ für afrikanische ProduzentInnen anbieten, die Opfer des EU-Mercosur Deals werden, sowie für EU BäuerInnen versprochen, nur daran glauben wird niemand in Afrika.

Noch ist das Abkommen nicht ratifiziert und wohl zum letzten Mal wird ein EU-Handelsabkommen auch die nationalen Parlamente zur Ratifizierung durchlaufen.

Auf den EU-Rat kann man kaum setzen und ob das neu gewählte EU Parlament kritischer sein wird als bei der Verabschiedung der EPAs, des CETA Abkommens oder dem EU-Vietnamabkommen, wird sich zeigen.

Aber dennoch sollten Umwelt- Tierwohl- und Entwicklungsorganisationen und bäuerliche Organisationen den PolitikerInnen in EU und Bundestag für ihre Zustimmung zum EU-Mercosurabkommen eine besonders hohe Rechnung der schädlichen Folgen präsentieren, damit es hinterher nicht wieder scheinheilig heißt, „wir haben das nicht gewusst!“

<https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/mercotur-abkommen-schadet-baeuerinnen-weltweit>

Via Campesina und Attac (Österreich)

Laxere Lebensmittelkontrollen

(...) Die EU selbst schlug eine Beschleunigung der Exportgenehmigung für tierische Produkte vor. Das Importland soll auf amtsärztliche Kontrollen einzelner Viehbetriebe verzichten, wenn das Exportland „ausreichende Garantien“ erbringt, die Standards des importierenden Landes einzuhalten – eine weltfremde Klausel angesichts der notorischen Lebensmit-

telskandale und des chronischen Behördenversagens. Auch die Häufigkeit der Importkontrollen soll sinken. Der Gammelfleisch-Skandal 2017 zeigt, dass hier die Lebensmittelsicherheit aufs Spiel gesetzt werden könnte.

Angriff auf das Vorsorgeprinzip

In der EU ist das Vorsorgeprinzip rechtlich verankert. Es ermöglicht Produkten bei Risiken und wissenschaftlicher Unsicherheit (z.B. bei Krankheitserregern, Pestizid- und Tiermedikamentenrückständen oder GVO-Kontamination) die Zulassung zu verweigern. Im gesamten Entwurf des Mercosur-Vertragstextes findet sich nur eine einzige Erwähnung des Vorsorgeprinzips – bezeichnenderweise im nicht-sanktionsbewehrten, also zahnlosen, Nachhaltigkeitskapitel. Vorsorgliche Beschränkungen im Sinne des Vorsorgeprinzips könnten somit als potenzielle Verstöße gegen das Assoziationsabkommen geahndet werden.

<https://www.viacampesina.at/wp-content/uploads/2019/06/EU-Mercosur-Briefing-kurz.pdf>

(Mehr Infos zum Abkommen in der [ausführlichen Analyse von Attac und Via Campesina Austria](#))

Offener Brief an die EU

340 Organisationen weltweit (darunter attac Österreich, Frankreich, Deutschland, Spanien, Großbritannien – Global justice now) hatten im Juni 2019 in einem offenen Brief die Präsidenten des Europäischen Rats, der EU-Kommission und EU-Parlaments aufgefordert, die Verhandlungen sofort zu unterbrechen. Darin heißt es:

„Die EU ist weltweit der zweitgrößte Handelspartner Brasiliens, der zweitgrößte Importeur brasilianischen Sojas sowie ein wichtiger Importeur von brasilianischem Rindfleisch und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die EU trägt daher die Verantwortung, sich mit den Menschenrechtsverletzungen (1) und Umweltverbrechen zu befassen, die in Brasilien unter der Regierung Bolsonaros stattfinden. Sie muss ihren Einfluss nutzen, um die Zivilgesellschaft, die Menschenrechte und die Umwelt zu schützen. (...)“

Die EU muss jetzt Präsident Bolsonaro unbedingt die unmissverständliche Botschaft senden, dass sie sich Verhandlungen mit Brasilien über ein Handelsabkommen verweigert, wenn es nicht zu einem Ende der Menschenrechtsverletzungen, strengen Maßnahmen zur Beendigung weiterer Entwaldung und konkreten Verpflichtungen zur Umsetzung des Pariser Abkommens kommt.“

Vollständiger Text: <http://s2bnetwork.org/wp-content/uploads/2019/05/Letter-Brazil-EU-Mercosur-German.pdf>

Liste der unterzeichnenden Organisationen:

<http://s2bnetwork.org/letter-brasil-bolsonaro-eu-mercotur/>

(1) (SiG-Red.) <https://amerika21.de/2019/07/228352/brasilien-tote-polizei-rio>

Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!

Petition: Bitte unterstützen Sie durch Ihre Unterschrift die Forderungen an die Europäische Union, die Konzernklagerechte (ISDS) zu beenden und die Menschenrechte effektiv zu schützen.

Brasilien

Generalstreik

Streiks, Demonstrationen, Straßenblockaden: In ganz Brasilien wurde am **14. Juni** der Aufruf aller großen Gewerkschaftsverbände und von sozialen Bewegungen zu einem eintägigen Generalstreik befolgt. Der Protest richtet sich **gegen eine Reform der Sozialversicherung**, über die derzeit der Nationalkongress berät und die für Millionen Beschäftigte Einschnitte bei der Alterssicherung zur Folge hätte. **Gefordert werden Rechte für die Arbeitenden und eine Politik gegen die Misere am Arbeitsmarkt.** Angeschlossen haben sich auch Organisationen von Studierenden, Eltern und Lehrer*innen, die massive Kürzungen am **Bildungsetat** nicht hinnehmen wollen.

Am 30. Mai waren bereits fast zwei Millionen Menschen auf den Straßen. Der Generalstreik ist die bisher größte Kraftprobe der Opposition im größten Land Südamerikas gegen die ultrarechte Regierung von Präsident Jair Bolsonaro. Verdi.de

Gigantisches Leak demaskiert die Farce des Richters Sérgio Moro und der Staatsanwaltschaft zur Kriminalisierung Lulas

Der New York Times waren die Enthüllungen eine ganze Seite ihres Korrespondenten wert: [“Durchgesickerte Gespräche werfen Fragen über Fairness in Brasiliens Korruptions-Ermittlungen auf“](#). Jedoch, bei allem Respekt: Weshalb gibt sich die NYT derartig überrascht? Mit seriöser Hintergrund-Analyse bezweifelten die NachDenkSeiten bereits [vor knapp zwei Jahren](#) die Anklage-Fairness und verwiesen auf die politisch motivierte Verurteilung von Altpräsident Luis Inácio Lula da Silva; den eigentlichen Protagonisten im Hintergrund der bombastischen Enthüllungen. Von **Frederico Füllgraf**.

Das Nachrichtenportal The Intercept Brazil veröffentlichte am Sonntag, den 9. Juni, drei exklusive Berichte, aus denen hervorgeht, dass der frühere Richter und derzeitige Justizminister Bra-

liens, Sergio Moro, sich nicht nur, mit dem Ziel, Lula da Silva hinter Gitter zu sperren, mit Staatsanwälten der Einsatzgruppe Lava Jato (“Autowaschanlage”) abstimmt, sondern ihnen auch Instruktionen erteilt. Ein Vorgehen, das das vom Pulitzer-Preisträger Glenn Greenwald geleitete Nachrichtenportal als „höchst kontroverse, politisierte und rechtlich zweifelhafte Arbeitsweise“ bezeichnete. Mit Zugriff auf wahrscheinlich gehackte Gespräche in der Textübertragungsplattform Telegram, die Intercept von anonymer Quelle zugespült wurden, lassen die Berichte eine lupenreine, dokumentierte Verschwörung erkennen.

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=52456>

25. Juni 2019:

Lulas Freilassung abgeschmettert,

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=52805>

Dossiers über Brasilien:

<https://amerika21.de/geo/brasilien>

<https://www.npla.de/country/brasilien/>

Attac Österreich

Handelsabkommen EU-Vietnam: Sonderrechte für Konzerne, Menschenrechte auf dem Abstellgleis

Die EU-Regierungen haben am 25. Juni 2019 das Handelsabkommen mit Vietnam abgesegnet. Es besteht aus zwei Teilen: Einem Handelsteil, der noch im EU-Parlament abgestimmt werden muss, und einem Investitionsteil, der Sonderklagerechte für Konzerne enthält und zusätzlich durch die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten muss.

Wie zahlreiche EU-Handelsabkommen davor stellt es die Profitinteressen von Konzernen ins Zentrum, nicht aber Arbeits- oder Menschenrechte oder Umwelt- und Klimaschutz.

„Mit dem Abkommen sollen Konzerne Sonderklagerechte bekommen, mit denen sie Staaten verklagen können, wenn neue Gesetze im Allgemeininteresse ihre Profite bedrohen. Das gefährdet auch etwaige Maßnahmen für mehr Klima- oder Umweltschutz. Nicht sank-

tionierbar hingegen sind die zahlreich dokumentierten Verletzungen von Arbeits- und Gewerkschaftsrechten in Vietnam, von denen auch europäische Konzerne profitieren“, erklärt Alexandra Strickner von Attac Österreich. Das Nachhaltigkeitskapitel des Abkommens bietet keine effektive Handhabe, um gegen arbeitsrechtliche Verstöße vorzugehen, da es vom zwischenstaatlichen Streitschlichtungsmechanismus ausgenommen ist. Somit können Verfehlungen nicht mit Handelssanktionen sanktioniert werden. „Das Abkommen legitimiert zudem eine Regierung, welche die Rechte von Menschenrechter*innen und Umweltschützer*innen missachtet und keine unabhängigen Gewerkschaften zulässt“, kritisiert Strickner.

Attac.at, 25. Juni 2019

FactSheet

Menschenrechte auf dem Abstellgleis: EU-Handels- und Investitionsabkommen mit Vietnam - Herausgeber:

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, attac Deutschland, die Naturfreunde und [PowerShift](#).

PowerShift- Fallstudie

**Under Pressure:
Mit Konzernklagen gegen Umweltschutz**

In Handelsverträgen werden die Grundlagen für Milliarden schwere Konzernklagen gegen Umweltschutz gelegt. Diese Klagen werden auch unter dem Namen ISDS (Investor State Dispute Settlement) geführt und geben InvestorInnen weitreichende Sonderrechte sowie Zugang zu einer Paralleljustiz.

Sozialer Protest in Frankreich: Kein Ende in Sicht

ver.di publik: Der monatelange Protest der Gelbwestenbewegung hat die Lage im Land bereits gründlich verändert.

Am 1. Mai wurden in Paris eingekesselte Demonstrierende von der Polizei aufgefordert, vor dem Verlassen des Platzes ihre Gelbwesten abzugeben. Der Zwischenfall am Gare du Nord ist exemplarisch für die Art, wie die Macron-Regierung die soziale Krise behandelt, die Frankreich seit dem vergangenen Herbst aufwühlt: Weste weg, Problem gelöst! Neben derart skurriler Symptombekämpfung gibt es schwere **Repressionen**. Die vorläufige Bilanz: eine getötete Frau, 24 ausgeschlagene Augen, fünf abgerissene Hände, 286 schwere Kopfverletzungen, Hunderte weitere Verletzte, darunter Minderjährige, Sanitäter und Journalisten, 8.700 Menschen in Polizeigewahrsam, 2.000 Gerichtsurteile, davon 40 Prozent mit Gefängnisstrafen.

Gelbwesten werden im Vorfeld von Demonstrationen präventiv festgenommen und am Abend unbeschuldigt auf freien Fuß gesetzt. Ein neues Gesetz macht sämtliche Teilnehmenden einer Demonstration für einzelne Gewaltakte mitverantwortlich, die dort verübt werden. Hinzu kommt der systematische Einsatz von Tränengas in den Stadtzentren, mit ungeklärten gesundheitlichen Folgen für die, die ihm ausgesetzt werden. Doch trotz einer Beschwerde der UNO-Menschenrechtskommission bleibt Innenminister Christophe Castaner bei der Behauptung, es finde keine Polizeigewalt statt.

Gelbwesten demonstrieren weiter

Unter diesen Umständen nimmt es nicht Wunder, dass die Zahl der Protestierenden merklich abgenommen hat. Erstaunlich ist eher, dass Zehntausende der Gefahr weiterhin trotzen und Samstag für Samstag ihr Demonstrationsrecht ausüben. Zumal die Aussicht gering ist, diese Regierung noch zu Zugeständnissen bewegen zu können. Präsident Emmanuel Macron hat erklärt, weitere werde es nicht geben, eine Fortführung der Proteste sei nunmehr zwecklos. Dennoch kann von einem Scheitern der Bewegung keine Rede sein. Seit sich der Protest an einer Erhöhung der Kraftstoffsteuer entzündete, hat er die Lage im Land bereits gründlich verändert. Zunächst einmal ist die Regierung von ih-

rem knallhart neoliberalen Kurs etwas abgerückt.

Selbst wenn den zentralen Forderungen der Gelbwesten eine Abfuhr erteilt wurde: Immerhin wurde die angekündigte Streichung von 120.000 Stellen im öffentlichen Dienst aufgegeben. Auf Druck der Straße wurden staatlich finanzierte Lohnzuschläge in Höhe von 10 Milliarden Euro bewilligt, die Mindestrente wurde erhöht. Mit dem Effekt, dass die Binnennachfrage leicht anzog.

„Retten die Gelbwesten die französische Wirtschaft?“, fragte sich die Zeitung Libération.

Generell dreht sich seit einem halben Jahr Frankreichs Innenpolitik darum, die Protestbewegung einzudämmen.

Vielfältige Bewegung

Außerordentlich an den Gelbwesten ist ihre Breite und Vielfalt. Die Gilets jaunes mischen sich in allen möglichen Bereichen ein. Sie sind bei Aktionen gegen die Privatisierung der Pariser Flughäfen dabei, sie protestieren mit Umweltverbänden vor Bayer-Monsanto, sie schließen sich dem Pflegepersonal in Krankenhäusern an, sie blockieren wegen der Steuerhinterziehung des Konzerns Amazon-Lagerhallen, sie organisieren Kundgebungen vor Fernsehsendern oder Waffenzulieferanten der Polizei. Gelbwesten-Frauen solidarisieren sich mit Bewohnerinnen verwahrloster Sozialeinrichtungen. Mitte Mai stürten Leute in Gelb in Paris die nationale Theaterpreisverleihung, um gegen Streichungen im Kulturretat zu protestieren.

Schließlich haben die Gelbwesten ganz verschiedene berufliche Hintergründe. Sie haben sich außerhalb der Arbeit zusammengesetzt, engagieren sich also nicht für Belange einzelner Gruppen. **Ihnen geht es um Gerechtigkeit – bei Steuern, Sozialem und der Klimapolitik.** Die Sorge um das Allgemeinwohl hat ihnen **Solidaritätsbekundungen** anderer Bevölkerungsteile eingebracht. Im März erklärten sich **350 Akademiker*innen** in einer Erklärung zu „Komplizen bei allen kommenden Zusammenkünften der Gelbwesten, ob diese genehmigt sind oder nicht“. (1)

Im Mai folgten **1.500 Kulturschaffende**

mit einem Aufruf: „Auch wir Künstler, Techniker, Autoren sind Gelbwesten.“ (2) Außer ihrem erstaunlichen Durchhaltevermögen und der Tatsache, dass sie die politische Agenda maßgeblich prägen, haben diese Männer und Frauen einen weiteren Erfolg zu verbuchen: Sie mobilisieren sich ohne Befehle von oben, bleiben Organisationen fern und sind dennoch **sehr effektiv**. Die meisten von ihnen haben niemals zuvor demonstriert oder gestreikt.

Die Gewerkschaften

Das ist eine Herausforderung für die Gewerkschaften, allen voran für die **CGT**. Zum ersten Mal ist nicht sie die treibende Kraft in einem großen sozialen Konflikt. Bei ihrem Nationalkongress im Mai waren die Gelbwesten ständig Thema. Erstens, weil diese zumeist prekär Beschäftigte, Arbeitnehmer*innen in Kleinbetrieben oder Selbstständige sind, Beschäftigtengruppen, die in Frankreich in der Mehrheit noch gewerkschaftlich unerschlossen sind. Der CGT-Vorstand musste deshalb jetzt den Vorwurf einstecken, der Gewerkschaftsbund sei nicht in der Lage, den Beschäftigungswandel zu begleiten. Die CGT vertrete stattdessen Nischen, was einen dramatischen Mitgliederschwund zur Folge habe.

Zweitens gerät die Sozialpartnerschaft in die Kritik, wie sie die CGT anstrebt und dabei Verlust macht. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte unterliegt sie bei der Zahl der Personalräte der anpassungsfreundlichen CFTD.

Viele Gewerkschaftsmitglieder, die auf der Straße zusammen mit Gelbwesten agieren, betonen nun, dass ihre Militanz in kürzester Zeit mehr erreicht hat als Jahre der Verhandlungen. Es ist also zu erwarten, dass die Klassenkampf-Rhetorik wieder Aufschwung nimmt, ganz gleich unter welcher Westenfarbe.

Andererseits stößt die Spontanität der Gelbwesten an ihre Grenzen. Der Überraschungseffekt ist vorbei. Die Verkehrskreisel, auf denen sie sich versammelten, sind geräumt worden. Nun müssen sie sich für eine **langfristige Kraftprobe** wappnen und entsprechend organisieren. Im April trafen sich in Saint-Nazaire Vertreter*innen von 200 Ortsgruppen aus

ganz Frankreich zu einer „**Versammlung der Versammlungen**“. Erneut forderten sie „eine allgemeine Anhebung der Löhne, Renten und sozialen Mindestsicherungen“, „öffentliche Dienstleistungen für alle“ sowie konkrete Maßnahmen gegen den ökologischen Notstand. Angestrebt werden auch „neue Formen der Direktdemokratie“ und die Aktionseinheit mit anderen sozialen Kräften. Ein weiteres Treffen ist für Ende Juni geplant. (3)
Gescheitert ist die Regierung mit ihrem Plan, wirtschaftsliberale Reformen mit freundlichem Antlitz durchzu-

setzen. Ihre Umfragewerte liegen im Keller. Auf die Mehrheit wirken Autoritarismus und Polizeigewalt abstoßend. Der von Macron inszenierte „große nationale Dialog“ vermochte nicht zu überzeugen. Selbst seine Förderer glauben nicht mehr an Macrons Fähigkeit, die soziale Lage zu befrieden. Nur steht keine politische Ablösung zur Verfügung, um denselben Kurs zu halten.

Als einzige Rechtfertigung des Status Quo dient wieder einmal die Abwehr von Marine Le Pens rechtspopulistischer Partei. Doch selbst wenn diese von der Anti-

Macron-Stimmung profitieren könnte: Auf die Gelbwesten kann sie sich nicht verlassen. Migrantenfeindliche Positionen lehnen diese stets ab, und ihre Forderungen sind mit rechtem Gedankengut zunehmend unvereinbar. Allem Anschein nach wird die soziale Bewegung nicht so bald aufhören, Frankreich zu bewegen.

https://www.verdi.de/themen/internationales_Artikel

(1) [SiG 131](#), S. 28

(2) <http://www.nousnesommespasdupes.fr/>

(3) S. Bericht in diesem Heft, S. 25

Infos über die vielen sozialen Bewegungen in Frankreich: <https://www.frontsocialuni.fr/les-luttes-invisibles/>
<http://syndicollectif.fr/category/mobilisations/>, <https://reporterre.net/>, <https://www.bastamag.net>, ...



Links: Streik in der Notaufnahme von Quimper. Rechts: Protestkundgebung gegen die Schließung der Entbindungsstation in Creil
 Seit mehreren Wochen führen viele Belegschaften der **Notaufnahmen** in Frankreich Streiks (meistens symbolisch, da sie dort kein Streikrecht haben) und Demonstrationen durch: Sie fordern mehr Personal und mehr Krankenhausbetten (**Fotos**); Der „Gesundheitsplan“ der Macron-Regierung sieht jedoch die Streichung von 30 000 Arbeitsplätzen im Gesundheitsbereich vor. Zwischen 1996 und 2016 wurde **ein Drittel der Entbindungsstationen geschlossen**. <http://coordination-defense-sante.org/>

Der Verband ANV-COP21 (Action Non-Violente), **Les Amis de la Terre** und mehrere **Gelbwesten** haben am 2. Juli 2019 **Blockaden vor drei Verwaltungszentren von Amazon in Frankreich** (Clichy, Toulouse und Lille) durchgeführt.

Das Ziel: das Wirtschaftsmodell dieses Unternehmens anzuprangern, das sowohl aus sozialer als auch aus ökologischer Sicht schädlich ist. Amazon plant die Einrichtung von drei „Megalagerhäusern“ in Frankreich.

Eine Sprecherin von Friends of the Earth: „Amazon wieder wachsen zu lassen, bedeutet, sicherzustellen, dass wir unsere Klimaziele nicht erreichen.“

Weitere Forderungen der Aktivisten sind die Nichtzerstörung von unverkauften Artikeln und die Regulierung des Onlineverkaufs.
 Foto: Blockade des Verwaltungsgebäudes von Amazon in Clichy (nahe Paris)



„Macron hat die Wahl: Entweder Amazon oder das Klima!“

<https://la-bas.org/la-bas-magazine/special-direct/en-direct-des-militants-ecologistes-bloquent-le-siege-social-d-amazon>

Seminar auf der Sommerakademie von Attac Deutschland, 3. August 2019, 9:30 – 13 Uhr
Anregungen aus den vielfältigen Klimabewegungen in Frankreich

Soziale und Klimagerechtigkeit gehören zusammen.

Auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes antworten die Klimaschutzgruppen und andere mit der Vielfalt ihrer Handlungsfelder.

Gelbwesten - eine dauerhafte und breite Bewegung

Die Gelbwesten-Bewegung ist so oft für tot erklärt worden. Einen Einblick in die Ziele, die Vielfalt, die befreiende Frechheit, die Entschlossenheit und die Vitalität der Bewegung liefern einige Interviews (Übersetzung [hier](#)) und mehrere Internetseiten:

Fotos von auf der Rückseite beschrifteten gelben Westen:
<https://pleinledos.org>

Rund **150 Lieder** von den/über die Gilets Jaunes, gegen die Macron-Regierung: <http://lesgiletsjaunes.fr/actes/creation-musicales-et-video-clips/>

(in der Spalte rechts eine Verlinkung zu jedem „Akt“, damit sind die **Samstagsdemonstrationen** gemeint)

Plakate: <https://giletsjaunes19.fr/idees-fortes/>

Debatten über Ziele und Aktionsformen

Eine umfangreiche **Befragung** („Le vrai débat“ = die echte Debatte <https://www.le-vrai-debat.fr>) fand von Januar bis März 2019 statt, als Alternative zu der von der Regierung organisierten „Großen Debatte“, der eine Einengung der Themen und Parteilichkeit vorgeworfen wurde. Die Ergebnisse stehen hier: <https://www.le-vrai-debat.fr/syntheses/> .

Vier Hauptforderungen schälen sich heraus:

- eine wesentliche Veränderung des politischen Systems
- Aufbau der öffentlichen Dienste
- soziale und Steuergerechtigkeit
- Antworten zu dem ökologischen und klimatischen Notstand.

Aber die Debatten finden vor allem lokal statt: So fand auf der Initiative der Gilets Jaunes in Gaillac (15000 Einwohner) eine **Versammlung** von 300 Menschen im Februar 2019 statt, mit ähnlichen Ergebnissen.

Einblicke über die **Aktionen und Forderungen** bekommt man in einer Fülle von facebook-Seiten; **Web-Seiten** sind auch aufgebaut worden, z.B.: <https://www.gilets-jaunes.com/>, <https://www.giletsjaunes-coordination.fr/>, <https://lalignejaune.fr/>, <https://www.pagesgiletsjaunes.fr/>. Daran kann man die Bestrebung erkennen, die Zersplitterung zu überwinden, Informations- und Kommunikationskanäle - ohne facebook - aufzubauen.

Nach der „**Versammlungen der Versammlungen**“ in Commercy (**SiG 131**, Seite 23) fanden im April und Juni dieses Jahres zwei weitere Versammlungen statt. Wir berichten auf den nächsten Seiten darüber.

Einige bekannte Gilets Jaunes haben am 22. Juni 2019 die Bildung eines „**Socle commun**“ (Gemeinsame Grundlage) als „ein starkes Instrument der kollektiven Proteste“ angekündigt. Deren Basis sind die 4 Hauptforderungen vom „Vrai Débat“.

Sie wollen sich für die Interessen der Bürger, die Öffentlichen Dienste und Güter, die Umwelt einsetzen; auch wollen sie ihre eigenen Organe der Bürgerkontrolle, eigene Medien, eigene Netze zur Lebensmittelversorgung und eigene ethnische Sparkassen gründen. Ihr Aktionsprogramm:

20. Juli 2019: **Marsch für Adama und gegen den Autoritarismus**

31. August 2019 an der Grenze zur Schweiz, unweit des UNO-Sitzes: Große Aktion entlang der 4 Hauptforderungen September 2019: Aktionen des zivilen Ungehorsams, Streiks zusammen mit den Umweltschutzorganisationen.

17. November 2019: Falls es bis dahin keine politische Antwort zu den Forderungen gibt: 17 Aktionen des zivilen Ungehorsams gegenüber Betrieben der „CAC 40“ (das sind die 40 ersten Unternehmen an der Börse).

Zweite Versammlung der Versammlungen, 5. bis 7. April 2019 in Saint-Nazaire

200 Delegationen, um die 700 Teilnehmer/-innen. Fünf Aufrufe, die wir auszugsweise zitieren.

Quelle <https://saint-nazaire.assembleesdesgiletsjaunes.fr/category/ada/> [Übersetzung aller Texte](#)

Jeder Aufruf beginnt mit diesem Satz: „Dieser Aufruf wird den Gelbwesten-Gruppen – Versammlungen an Kreisverkehren und lokalen Versammlungen – zur Bestätigung, Änderung oder Ablehnung vorgelegt. Die Entscheidungen werden veröffentlicht.“

1. Allgemeiner Aufruf

(...) Trotz der repressiven Eskalation der Regierung und der Anhäufung von Gesetzen, die für alle die Lebensbedingungen verschlimmern und Rechte und Freiheiten zerstören, schlägt die Mobilisierung der Bewegung Wurzeln, die zum Ziel hat, das von Macron verkörperte System zu verändern. (...)

Wir fordern

- eine allgemeine Anhebung der Löhne, Renten und sozialen Mindestsicherungen,
- öffentliche Dienstleistungen für alle.

Unsere Solidarität und unsere Kämpfe gelten insbesondere den neun Millionen Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben.

Wir sind uns des Umweltnotstands bewusst und erklären: „Ende der Welt, Ende des Monats – dieselbe Logik, derselbe Kampf“.

Angesichts der Farce der großen Debatte, angesichts einer Regierung, die uns nicht vertritt und im Dienste einer privilegierten Minderheit steht, bauen wir neue Formen direkter Demokratie auf. (...)

Die Versammlung der Versammlungen bekräftigt ihre Unabhängigkeit von politischen Parteien und Gewerkschaften und erkennt keine selbsternannten Führer an. (...)

Wir laden alle, die den Ausverkauf des Lebens beenden wollen, dazu ein, Auseinandersetzungen mit dem gegenwärtigen System zu führen, um gemeinsam, mit allen notwendigen Mitteln, eine neue soziale und ökologische Massenbewegung zu schaffen. Die Vervielfachung der gegenwärtigen Kämpfe erfordert den Aufbau einer Aktionseinheit. (...)

In dem Bewusstsein, dass wir ein globales System bekämpfen müssen, halten wir es für notwendig, den Kapitalismus zu überwinden.

So werden wir gemeinsam das berühmte „Tous ensemble“ („Alle zusammen“) verwirklichen, das wir auf Demonstrationen rufen und das alles möglich macht: Im ganzen Land schaffen wir alle zusammen etwas Neues.

Für die Herrschaft des Volkes durch das Volk und für das Volk.

Schaut nicht zu, macht mit.

2. Entscheidungsgewalt erlangen, Bürgerversammlungen einrichten

Wir rufen alle Gelbwesten und alle unsere Mitbürger auf, sich für die Wiederaneignung unserer politischen Macht einzusetzen.

Ein wichtiger Schritt bei dieser Rückeroberung wird auf lokaler Ebene vollzogen. Wir rufen dazu auf, in jeder Gemeinde in Frankreich, wo dies möglich ist, eine oder mehrere Bürgerversammlungen zu gründen. (...)

Diese Versammlungen sind Ausdruck des Volkswillens. Jede Versammlung unternimmt eigene Anstrengungen in völliger Autonomie und unter Beachtung des kollektiven Interesses(...).

Wir rufen die so entstandenen Bürgerversammlungen dazu auf, sich zum Austausch ihrer Erfahrungen zu einem Netzwerk zusammenzuschließen. (...)

3. Aufruf zu Aktionen im Zeitraum der Wahlen des Europäischen Parlaments

Wir verurteilen den antidemokratischen und ultraliberalen Charakter der europäischen Institutionen. Das von uns gewählte Europäische Parlament hat nicht einmal die Befugnis, ein Gesetz vorzuschlagen! Die Europäische Kommission entscheidet alles ohne demokratische Kontrolle. Die europäischen Institutionen stehen unter dem Druck von 25.000 Lobbyisten allein in der europäischen Hauptstadt!

Im Gegensatz zum aktuellen Modell stehen die Gelbwesten für ein Modell der direkten Demokratie, bei dem das Gemeinwohl Vorrang vor Einzelinteressen hat. Ein demokratisches Modell, bei dem unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen, unsere Rechte, die Qualität unserer öffentlichen Dienste und unsere Umwelt endlich Vorrang haben werden.

Unser Grundprinzip ist die Autonomie von Gelbwesten-Gruppen und von Individuen im Allgemeinen. Deshalb haben wir uns entschieden, keine Empfehlung zur Abstimmung oder gar zur Teilnahme an diesen Wahlen zu geben. Wir verurteilen alle Versuche, eine politische Liste im Namen der Gelbwesten aufzustellen! (...) Indem wir einen koordinierten Kampf gegen unsere gemeinsamen Ausbeuter führen, werden wir die Grundlagen für ein geschwisterliches Verständnis zwischen den Völkern Europas und anderswo schaffen.



4. Aufhebung der Gefängnisstrafen und anderer Strafen gegen die an der Bewegung Beteiligten!

In den letzten 5 Monaten war die polizeiliche und gerichtliche Repression gegen die Bewegung der Gelbwesten enorm. (...) Was wir heute erleben, ist seit Jahrzehnten der Alltag in Arbeitervierteln.

(...)

Wir fordern:

– die Aufhebung der Strafen gegen Tausende von inhaftierten und verurteilten Beteiligten an der Gelbwesten-Bewegung und allen anderen kriminalisierten Kämpfern

– die Einstellung der Verfahren gegen die Angeklagten und Beschuldigten

– die Verteidigung der öffentlichen Freiheiten und Grundrechte

– die Anerkennung von Hunderten inhaftierter Menschen – Angehöriger der Gelbwesten, Menschen aus Arbeitervierteln, Kämpfer für das Gemeinwohl – als politische Gefangene

– das sofortige Verbot von LBD 40 und Offensivgranaten

Wir müssen diesem Autoritarismus mit aller Kraft entgegentreten!

Wir rufen dazu auf, Unterstützungskassen einzurichten und ausreichend zu füllen, eine nationale Plattform zur Erfassung von Fällen gerichtlicher Repression sowie zur Unterstützung von Angeklagten und Gefangenen einzurichten.

Wir rufen dazu auf, alles Wissen auszutauschen zur Verteidigung gegen polizeiliche und gerichtliche Repressionen.

5. Aufruf zum Zusammenschluss für die Ökologie

Die Versammlung der Gelbwesten-Versammlungen nimmt den ökologischen, sozialen und demokratischen Notstand wahr. Es ist die gleiche Logik der unendlichen kapitalistischen Ausbeutung, die Menschen und das Leben auf der Erde zerstört.

Die Begrenzung der Ressourcen zwingt uns, die Frage nach ihrer Verteilung und der Kontrolle der Produktion zu stellen. Der Klimawandel, der Zusammenbruch der biologischen Vielfalt und die atomare Bedrohung sind Bedrohungen für unsere Zukunft.

Gemeinschaftsgüter (Wasser, Luft, Boden, Recht auf eine gesunde Umwelt) dürfen nicht zu Waren werden.

Die CO2-Steuer ist ein perfektes Beispiel für die falsche Bestrafungs-Ökologie, die sich gegen dafür nicht verantwortliche Menschen richtet. Es gibt jedoch Verantwortliche und Umweltverschmutzer, gegen die wir durch koordinierte Maßnahmen direkt vorgehen können.

Die Gelbwesten laden alle, die der Plünderung aller Lebensformen ein Ende setzen wollen, dazu ein, Auseinandersetzungen mit dem gegenwärtigen System zu führen, um gemeinsam, mit allen notwendigen Mitteln, eine neue soziale, ökologische Bürgerbewegung zu schaffen.

Empörung reicht nicht mehr aus, wir müssen handeln.

Der blaue Planet braucht die gelbe Farbe, um grün zu bleiben!

Dritte Versammlung der Versammlungen, 28. bis 30. Juni 2019 in Montceau-les-Mines

246 Gilets-Jaunes-Gruppen hatten jeweils max. zwei Delegierte entsandt, auch durften zwei Beobachter mitkommen, die sich aber nur an den thematischen „Achsen“ aktiv beteiligen durften, in den Plenen hatten sie kein Rede- und Stimmrecht. **Rund 650 Menschen** aus allen Altersgruppen waren also versammelt, Männer und Frauen annähernd gleich viel. Um die 200 „bénévoles“ (= Helfer/-innen) aus Montceau-les-Mines haben für eine reibungslose Organisation gesorgt. Die Bürgermeisterin des Ortes hatte die Benutzung einer Sporthalle und der umliegenden Anlagen genehmigt.

Hauptthemen in den Arbeitsgruppen am Samstag waren:

Konvergenz „der sozialen, demokratischen und ökologischen Kämpfe, um die Regierung zurückzudrängen und diesem System ein Ende zu setzen“.

In dem **Aufruf**, der nach der Zusammenfassung der Ergebnisse am Sonntag verabschiedet wurde, heißt es weiter:

„Wenn die Forderungen sich gleichen, sei es in Richtung einer Bekämpfung von Armut, Prekarisierung, Sozialabbau, sei es, um etwas Neues zu erringen, werden wir dabei sein. Die Formen werden variabel sein.“

Insbesondere rufen wir die Gelbwesten unverzüglich dazu auf, den Streik der Beschäftigten in den Notdiensten durch Erklärungen, Entsendung einer Delegation, gemeinsame Kundgebungen oder Demonstrationen zu unterstützen ...

Wir werden entlang der jeweiligen Aktualität das Gleiche für alle Bereiche tun, die sich im Kampf befinden: Lehrpersonal, Privatisierung von Staudämmen, Banken, Arbeitslosenversicherung, betriebliche Kämpfe ...

Aktivisten für den Schutz des Klimas und der Umwelt, kämpfende Arbeiter, Arbeitslose, Menschen in Behelfsunterkünften, Gewerkschafter, Verbandsmitglieder ...

wann immer möglich, werden wir mit den passenden Handlungsformen, die von den einzelnen lokalen Gruppen und Versammlungen der Gelbwesten beschlossen werden, an ihrer Seite sein.

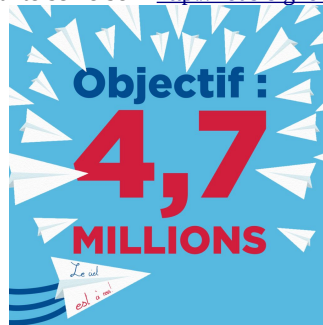
Wir werden mit den Beschäftigten und ihren Organisationen, mit der Bevölkerung gegen die Rentenreform auf die Straße gehen, damit die Regierung dieses Projekt zurückzieht. Der Zweck dieser Konvergenz ist einfach: alle Hindernisse für die Einheit zu beseitigen, das Land zu blockieren, um die Regierung zum Nachgeben zu bewegen und Macron und diesem System ein Ende zu setzen.“

Diese Erklärung widerspiegelt eine seit Monaten vollzogene Erweiterung und Akzentverschiebung der Aktionen mancher Gilets-Jaunes-Gruppen. Die Sams-tagsdemonstrationen finden noch statt (Akt 33), verlieren aber an Bedeutung, denn die scharfe menschenrechtsverletzende Repression lässt manchen zögern, zumal wahrgenommen wird, dass die Regierung mit Demonstrationen nicht bezwungen wurde, so dass nun andere Wege ausprobiert werden – in Zusammenarbeit mit vielen anderen Gruppen.

Diese Verlagerung der Aktionen drückt sich auch in Bestrebungen aus, auf der lokalen Ebene zu wirken: Initiierung von „Assemblées Citoyennes Locales“ (**lokale Bürgerversammlungen**) und evtl. Beteiligung an den Gemeinderatswahlen.

RIP („Referendum mit geteilter Initiative“ über die Privatisierung der Pariser Flughäfen): 4,7 Mio. Unterschriften müssen bis zum 13. März 2020 geleistet werden, damit das Referendum durchgeführt werden darf. Die Gilets Jaunes wollen sich stark einbringen, weil sein Erfolg ein sichtbares Zeichen der Ablehnung der Regierungspolitik wäre, und sie wollen so gegen Privatisierungen überhaupt vorgehen (zurzeit gibt es viele Protestaktionen gegen die geplante Privatisierung der Staudämme) und für ein RIC (Referendum d'initiative Citoyenne, mit viel mehr Kompetenzen als ein RIP) werben.

„Wir unterschreiben“ <http://nous-signons.org/>



„Raus aus dem Kapitalismus“: Das in Saint-Nazaire beschlossene Ziel wurde bestätigt; es gab viele Diskussionen über die Definition des Kapitalismus und die Strategie gegenüber dem Kapitalismus.

Es gab viele Vorschläge für **gemeinsame Aktionen** in ganz Frankreich, aber es wurde wenig beschlossen; wie schon in der Vergangenheit wird sich herausstellen („Kollektive Intelligenz“), was schließlich eine große Zustimmung erhält (wir werden darüber in der SiG-Werkstatt berichten). Sie haben schon die „**Tour de France**“ benutzt, um auf sie aufmerksam

zu machen.

Vereinbart wurde eine Beteiligung am **Marche Adama III am 20. Juli 2019** (in Erinnerung an Adama Traoré, der in Polizeigewalt gestorben ist), und am **Alternativgipfel zu G7** im Baskenland.

Sie wollen die **Kommunikation** untereinander stärken: Durchführung regelmäßiger **Versammlungen auf der Ebene des Departements und der Region**, bessere Instrumente im Netz für die Debatten.

Die **nächste Versammlung der Versammlungen** findet im **September** statt, wahrscheinlich in Montpellier. Berühmte **Gilets-Jaunes** (z.B. Priscillia Ludosky, François Boulo, Jérôme Rodrigues) sind willkommen – für sie gilt die gleichen Voraussetzungen: Delegierte ihrer Gilets-Jaunes-Gruppe sein.

Eine gemeinsame **Web-Seite** soll aufgebaut werden; neben den lokalen Gilets-Jaunes-Zeitungen wird an einer nationalen **Zeitung** gearbeitet. Wer solche Aufgaben übernimmt, kann bei der nächsten Versammlung abgewählt werden: Denn sehr stark sorgen sie sich um die „Horizontalität“ der Bewegung.

Und der Alltag?

Wenn die Polizei Gelbwesten-Gruppen von den Kreisverkehrsinseln vertrieben hat, dann stehen sie auf privatem Grund oder auf einer Fläche, die die Mairie ihnen kostenlos überlässt; dort haben sie z. B. Hütten errichtet, und werden sie in Brand gesetzt, dann bauen sie sie erneut auf: „On lâche rien!“ = „Wir geben nicht auf!“

Man trifft sich in der Woche, vor oder nach der Arbeit, Rentner/-innen bleiben länger; einmal pro Woche führen sie ihre Versammlung durch, um u. a. Aktionen zu vereinbaren.

So haben sie am 22. Juni 2019 rund 60 Zahlstellen der privatisierten Autobahnen **besetzt** und „Freie Fahrt“ gewährt.

Außerdem werden Aktionen mit anderen Gruppen durchgeführt, Flyer und Zeitungen auf den Märkten verteilt, thematische Versammlungen organisiert, ...

Im Laufe der Monate, durch Aktionen und lange Gespräche, sind viele persönliche Beziehungen entstanden, die sie stark machen und die sie nicht missen wollen. (Marie-Dominique Vernhes, 5. Juli 2019)

Alle Ergebnisse:

<https://montceau.assembleedesgiletsjaunes.fr/>
Video über die Debatten und Beschlüsse am 30. Juni

Attac Frankreich

Statt Steuergerechtigkeit befürwortet Macron weiteren Sozialabbau

Donnerstag, den 25. April 2019

Seit Monaten fordern Menschen in Frankreich mehr soziale und steuerliche Gerechtigkeit, entschlossenes Handeln der öffentlichen Hand im Hinblick auf den ökologischen Wandel und lokale öffentliche Dienstleistungen, die an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst sind.

Nach einer weitgehend instrumentalisierten „Großen Debatte“ tut Emmanuel Macron so, als könne er in Ruhe den „normalen Kurs“ seiner Politik wiederaufnehmen (1), die wirtschaftlich zutiefst neoliberal, sozial ungerecht und ökologisch ineffektiv ist. Wozu wurden Zehntausende Menschen zur Debatte aufgerufen, wenn am Ende Maßnahmen verkündet werden, die von den Wünschen der großen Mehrheit so weit entfernt liegen?

Die Ungerechtigkeit der Besteuerung bleibt

Zwar gibt Emmanuel Macron zu, dass in den Debatten „soziale, territoriale und steuerliche Ungerechtigkeit“ am häufigsten angeprangert wurde, zieht aber daraus keinerlei Schlüsse und kündigt keine Rücknahme der Steuergeschenke für die Reichsten an. Dafür gibt er klar und deutlich zu verstehen, dass er „die Grundsätze der letzten 2 Jahre“ fortführen wird, hält er sie ja doch für „richtig“. Doch sind die seit 2017 ergriffenen Maßnahmen (insbesondere die Abschaffung der ISF [Vermögenssteuer] und die Einführung der Flat Tax) vor allem den Vermögendsten zugute gekommen: Sie werden 2019 zu einem Anstieg der Kaufkraft des reichsten Prozent um 6,4% führen (sogar um 17,5% für die reichsten 0,1%) (2)

„Zugleich“ wird das verfügbare Einkommen der ärmsten 9% infolge dieser Maßnahmen noch sinken. Dennoch verkündet Emmanuel Macron keine maßgebende Entscheidung, die diese schreiende Ungerechtigkeit abschaffen könnte!

Außerdem kündigt Emmanuel Macron keine Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung an, sondern nur, dass er den Rechnungshof beauftragt hat, die Geldsummen zu evaluieren, die der Besteuerung entzogen werden!

Es sieht nach einem neuen Ablenkungsversuch zur Vermeidung konkreter Maßnahmen aus, wobei laut einer aktuellen Studie die Steuerflucht die öffentlichen Finanzen des Landes jährlich schätzungsweise 118 Milliarden Euro „kostet“.

„Wenn möglich, werden wir weitere Schritte unternehmen“ – mit so einem vagen Versprechen werden wir abgefertigt.

Im Sinne der Steuergerechtigkeit wäre es besser gewesen, die Progressivität der Einkommenssteuer durch die Schaffung neuer Einkommensstufen zu erhöhen, die Mehrwertsteuer auf die Produkte des täglichen Bedarfs zu senken (was vorrangig den einkommensschwachen Haushalten zugute gekommen wäre), einen echten Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung einzuleiten oder auch die ISF (Vermögenssteuer) wieder einzuführen, wie von mehr als 77% der französischen Bevölkerung gefordert wird.

Abbau der öffentlichen Dienste

Bei der „Großen Debatte“ kam die Forderung nach „mehr und besseren öffentlichen Diensten“ klar und deutlich zum Ausdruck. Emmanuel Macron antwortet darauf mit der Ankündigung eines „Moratoriums“ für die Schließung von Schulen und Krankenhäusern bis zum Ende seiner Amtszeit und wünscht sich „mehr Staatsbedienstete vor Ort“. Gleichzeitig besteht aber sein Plan weiter, die öffentlichen Ausgaben jährlich um 60 Milliarden Euro zu kürzen. Ganz konkret wird dies zu einer weiteren Verschlechterung der Qualität der öffentlichen Dienste führen, mit größeren Schulklassen und mit der Versorgung von noch mehr Patienten durch das bereits kurz vor dem Zusammenbruch stehende Gesundheitspersonal. Wer kann glauben, dass wir morgen bessere öffentliche Dienste mit weniger Personal haben werden?

Zur Begründung dieses Widerspruchs greift Macron die alte Rhetorik des Nicolas Sarkozy wieder auf: mit weniger Mitteln etwas Besseres erreichen dank Umorganisation der Verwaltung, Vereinfachung, Abschaffung der „Doppelbesetzung von Arbeitsplätzen“ ...

Mehr arbeiten, ohne mehr zu verdienen

Der zentrale Strang von Macrons Ankündigungen konzentrierte sich darauf, dass „Arbeit bezahlbar sein muss“, was auf einen offensichtlichen Betrug hinausläuft: mehr arbeiten, ohne mehr zu verdienen. Nach dem El-Khomri-Gesetz unter Hollande und den Pénicaud-Verordnungen unter Emmanuel Macron, die die Arbeitnehmerrechte einschränkten und die Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgebern weiter schwächten, schickt sich der Präsident an, einen weiteren Angriff auf die Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer zu starten. Er strebt nicht nur die Einführung eines punktbasierten Rentensystems an, das die Höhe der individuellen Renten reduziert und die Ungleichheiten, insbesondere die der Frauen, vergrößert, sondern er sucht auch nach einer Möglichkeit, die Arbeitszeit zu verlängern.

Regierungsmitglieder haben als Testballons für die öffentliche Meinung verschiedene Maßnahmen angekündigt. Einige sprechen offen davon, das (seit Hollandes Reform auf 62 Jahre festgelegte) gesetzliche Rentenalter zu erhöhen. Das lehnt Emmanuel Macron ab, weil es nicht in seinem Wahlprogramm stand und er diejenigen als Heuchler tituliert, die das Rentenalter erhöhen wollen, bevor die Arbeitslosigkeit gesunken ist. „Zugleich“ gibt er aber zu, dass seine Rentenreform zu einem ähnlichen Ergebnis führen wird, denn das punktbasierte Rentensystem mit seinem abschreckenden Abschlag ist ein gewaltiger Antrieb, länger zu arbeiten (bis 64, liest man). Abschlag für Arbeitslose, Kranke und Schwerarbeiter und Zuckerchen für diejenigen, die für eine leichtere Arbeit besser bezahlt werden. Welch Ungerechtigkeit eines angeblich gerechten Systems!

Die Unnachgiebigkeit des Präsidenten Emmanuel Macron versteht sich: Reiche und Unternehmen hat er mit so hohen Steuergeschenken bedacht, dass er nun die Arbeitnehmer/-innen weiter auspresen muss. Die Löhne sind praktisch eingefroren, die CSG (3) wurde erhöht und Inflation droht. Was kann man da noch tun? Es bleibt nur noch eine Möglichkeit:

die Arbeitszeit der Arbeitnehmer zu verlängern. Dabei gibt es in Frankreich 6 Millionen Arbeitslose; durch eine Verlängerung der Arbeitszeit wird die Situation nur schlechter. In einem Kontext, in dem die Arbeitsproduktivität schneller steigt als das Wachstum, würde nur eine Verkürzung der Arbeitszeit mehrere Vorteile bringen: Verringerung von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit, Linderung von Leiden am Arbeitsplatz und ein anderes Verständnis von Fortschritt als konsumorientierte Raserei. Echter sozialer Fortschritt hieße Zeit für Kinder und Eltern, für Freunde, für Gemeinschafts- und Liebesleben ..., ohne das immer häufiger vorkommende Burnout zu riskieren! Voraussetzung dafür ist eindeutig, den Aderlass zugunsten der oberen Schichten zu stoppen.

Vorgeschlagen wird auch, einen Feiertag zu streichen, und zwar in Zusammenhang mit der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Er ist unschwer zu erkennen, dass diese Logik, wie auch die Überstunden ohne zu entrichtende Sozialbeiträge, der Arbeitsumverteilung entgegenarbeitet und somit den Einstellungsbedarf verringert. Die Streichung eines Feiertags würde 3 Milliarden Euro abwerfen, genau die Summe, die durch die Umwandlung der ISF in die IFI jetzt fehlt. Wäre es nicht gerechter und effizienter, die ISF wieder einzuführen, statt uns gratis arbeiten zu lassen?

Zu guter Letzt wird die Anpassung der kleinen Renten an die Inflation verkündet: Zwar eine gute Nachricht für die Ärmsten, aber kein sozialer Fortschritt; da wird nämlich nur eine Maßnahme wieder gestrichen, die Emmanuel Macron gleich am Anfang seiner Amtszeit ergriffen hatte. Die Renten über 2000 Euro werden ab 2021 wieder an die Preise gebunden werden; die Rentner/-innen fordern aber eine Anpassung an die Löhne, damit ihr Lebensstandard im Vergleich zu den Berufstätigen nicht sinkt.

Klima: noch länger warten und den wirtschaftspolitischen Kurs keineswegs ändern?

Angesichts der besorgniserregenden Umweltkrise wäre eine grundlegende Änderung der energetischen und materiellen Wirtschaftsgrundlagen erforderlich, damit alle ihren Lebensstil ändern können. Emmanuel Macron weicht aber von seiner zutiefst neoliberalen und produktivis-

tischen politischen Orientierung nicht ab und verschiebt alle strukturellen Maßnahmen zur Bewältigung dieser gravierenden ökologischen Krise auf später; der Vorrang der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Macht der Multis wird nicht in Frage gestellt. Im Zuge des politisch orientierten und verdrehten Fragenkatalogs der „Großen Debatte“ weigert sich nun also die Exekutive, den sozial-ökologischen Wandel in Angriff zu nehmen.

Der angekündigte „conseil de défense écologique“ – ob er immer und überall den Vorrang der dringenden ökologischen Maßnahmen tatsächlich sichern wird, bleibt dahingestellt – kann die Leere des Programms von Emmanuel Macron diesbezüglich nicht verhüllen; lieber schiebt der Präsident die Verantwortung dafür uns zu – und nunmehr auch den Ergebnissen einer bevorstehenden Bürgerversammlung – und lehnt jede strukturelle Umwandlung der französischen Wirtschaft ab.

Doch wird der Lebensstil weitgehend durch den allgemeinen Rahmen der Infrastruktur und die wirtschaftliche Ausrichtung der öffentlichen Hand bestimmt: Wenn die externe Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft und die Senkung der Arbeitskosten Vorrang vor allem anderen haben, kann es keine Umweltpolitik geben, die den ökologischen Herausforderungen gerecht wird.

Die ENA-Reform, eine kosmetische Maßnahme angesichts der Probleme unseres ungleichen Schulsystems

Die angekündigte ENA-Reform kommt einem demagogischen Akt gleich, der zwei Grundproblemen keineswegs abhilft. Einerseits wird die Frage des „pantouflage“ (Wechsel eines hohen Staatsbeamten in ein privates Unternehmen) und der potenziellen Interessenkonflikte, die zur Korruption der „énarques“ führen, nicht angesprochen. Übrigens haben einige Berater Emmanuel Macrons diesen „pantouflage“ sorglos ausgeübt. Der Präsident täte also besser daran, eine drastische Beschränkung dieser Vorgehensweise zu verkünden statt der Abschaffung der ENA. Andererseits steht Frankreich einem umfassenden Problem gegenüber: Unser Schulsystem fördert die Festigung der sozialen Schichten.

Es ist nämlich eines der ungleichsten unter denen der reichen Ländern. Die Zahl der Schüler/-innen mit erheblichen Lernproblemen nimmt zu, die Ungleichheit im Erziehungssystem wird immer größer. Dabei ergreift Emmanuel Macron nicht die geringste Maßnahme zur Bekämpfung dieser Ungleichheit. Die **Blanquer-Reform**, gegen die Eltern und ihre Verbände protestieren, kann diese Situation nur weiter verschärfen. In einem Kontext tiefer allgemeiner Unzufriedenheit angesichts der fehlenden Mittel für ein gerechtes, hochwertiges Schulsystem wird durch diese Gesetzesvorlage vielmehr die entscheidende Rolle der Schulleiter/-innen bedroht und den Gemeindehaushalten eine neue Bürde auferlegt, indem sie für die Vorschulkinder der Privatschulen aufkommen müssen. Mehr Geld für Privatschulen bedeutet aber eine Kürzung für öffentliche Schulen. Und die Werbeaktion für die Reform des Gymnasiums („freie Wahl der Fächer“) kann deren Hauptziel nicht verbergen: Einsparungen durch Kürzung der Unterrichtsstunden.

Ein neuer „Dezentralisierungsakt“ – aber die Schwächung der Gebietskörperschaften wird nicht in Frage gestellt

Seit 2 Jahren wird die Lage der Gebietskörperschaften durch mehrere gravierende Beschlüsse des Präsidenten Macron geschwächt und eine Konzentration der Macht in den Händen des Staates bewirkt: Die Abschaffung der Wohnsteuer brachte die Gemeinden um bedeutende Steuereinnahmen, deren Kompensation durch den Zentralstaat ungewiss ist; viele für die Gemeinden und ihre öffentlichen Dienste unentbehrliche subventionierte Arbeitsplätze wurden abgebaut; die größten Gebietskörperschaften werden nun zur Rechenschaft über ihre Ausgaben verpflichtet; bis 2022 müssen diese Ausgaben stark gesenkt werden usw. Emmanuel Macron kündigt „einen neuen Dezentralisierungsakt“ an ... wobei er keinen seiner bisherigen Beschlüsse in Frage stellt.

Verstärkte Mobilisierungen für soziale, steuerliche und Klimagerechtigkeit sind nötig
Solche Ankündigungen werden keinesfalls der tiefen sozialen, ökologischen und demokratischen Krise gerecht und geben keine Antwort auf die Forderungen und Anliegen der Gelbwesten, der Bewe-

gung für Klimagerechtigkeit oder diejenigen, die im Rahmen der „Großen Debatte“ zum Ausdruck kamen.

Sie sind eindeutig keine Antwort auf die dringende Frage der ungenügenden Einkünfte und der Dringlichkeit, die Zerstörung der Umwelt zu stoppen.

Attac ruft zu verstärktem Einsatz für soziale, steuerliche und Klimagerechtigkeit auf:

- am 27. April und 1. Mai 2019 mit Gewerkschaften und Gelbwesten für die Verteidigung des sozialen Fortschritts;
- gegen das Treffen der Umweltminister/-innen der G-7-Staaten am 4. und 5. Mai 2019 in Metz, für die Verteidigung der sozialen und der Klimagerechtigkeit;

– im Rahmen des bevorstehenden „Weltklimastreiks“ am 24. Mai 2019;

– vom 20. bis 25. August 2019 gegen das G-7-Treffen in Biarritz, für eine großangelegte Mobilisierung, um die Zerstörung durch ein globales System anzuprangern, das die Ungleichheit verstärkt, den Planeten zerstört und die soziale und steuerliche Ungerechtigkeit verschärft.

(1) Als Emmanuel Macron am 10. Dezember die « Große Debatte » ankündigte, hatte er behauptet, dass „wir den normalen Kurs unseres Lebens nicht wieder aufnehmen werden.“

(2) Laut einer Studie von Richard Murphy, Experte für Steuerwesen auf der Londoner Universität, 23. Januar 2019

(3) Contribution sociale généralisée, ein all-

gemeiner sozialer Beitrag für die Finanzierung der Kranken- und Arbeitslosenversicherung.

<https://france.attac.org/se-mobiliser/justice-fiscale/article/plutot-que-de-repondre-a-la-demande-de-justice-fiscale-macron-propose-de>

Pierre Khalfa zur EU: Um den Austritt zu vermeiden, darf man keine Angst davor haben

Pierre Khalfa, Herausgeber eines von Attac und der Fondation Copernic gemeinsam veröffentlichten Buches, nennt die strategischen Gründe für die Aufrechterhaltung einer europäischen Perspektive, ohne jedoch vor der Notwendigkeit einer einseitigen Aufkündigung der Verträge zurückzusehen.

- **Artikel** auf Deutsch.

Aufruf: Für einen „Big Bang“ in Frankreich

Über 4000 Mitglieder von Gewerkschaften, politischen Parteien sowie Vereinigungen haben diesen Aufruf unterschrieben. Ihre Versammlung fand am 30. Juni 2019 in Paris statt ([Programm](#)). Vereinbarung wurde der Aufbau von Komitees in ganz Frankreich und eine große Versammlung am 7. und 8. Dezember 2019.

Was ist aus der sozialen Wut und dem kritischen Denken geworden? Beides hat sich in unserem Land seit Monaten zugespitzt. Beides lebt in den Köpfen, in den Herzen und auf den Straßen weiter. **Aber die politische Situation ist katastrophal.** Nach den Europawahlen kann das gute Ergebnis der Ökologieparteien nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Linke in Trümmern liegt, dass sich ein sehr großer Teil der einfachen Leute von ihr abgewandt hat. **Die Linke und die Ökologieparteien sind weit davon entfernt, eine Alternative darstellen zu können,** während die derzeitige Regierung und die zu Faschismus neigende Rechte das politische Geschehen beherrschen. Sie stehen einander drohend gegenüber und beide profitieren von der Ablehnung des anderen und verstärken diese noch. Das Schlimmste kann jetzt passieren. Wir nehmen diese Situation nicht einfach hin. **Wir müssen, wir können eine neue Perspektive aufzeigen.**

Der **Hauptgrund** für diese katastrophale Lage ist das Fehlen einer emanzipatorischen Perspektive, die diese Wut und diese Hoffnungen in dem politischen Projekt einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformation bündeln kann. **Wir brauchen einen Big Bang, um Hoffnung zu wecken, die vereinen und mobilisieren kann. Es gibt viel zu tun:**

Wir müssen unsere **Modelle und Vorstellungen neu erfinden**, mit dem Produktivismus und dem Konsumismus brechen,

die uns zu Klimachaos, Artensterben und dramatischer Brutalisierung der Menschheit führen, und wir müssen Reichtum, politische Entscheidungen und Wissen teilen, statt den Gesetzen der Finanzwelt und des Wettbewerbs zu gehorchen. Die Herausforderung besteht auch darin, **die verschiedenen emanzipatorischen Kämpfe miteinander zu verbinden**, um einen neuen Zusammenhalt zu schaffen, der viele Kämpfe in sich vereint: für die sozialen und ökologischen Erfordernisse, für die Freiheit der Frauen und das Ende aller Formen von Rassismus, für Kämpfe um Arbeitsbedingungen und den Sinn von Arbeit sowie für das Recht auf Stadt, für die Kontrolle der digitalen Revolution, für einen gleichen Zugang zu Bildung und Kultur, für die Förderung öffentlicher Dienstleistungen und für die Entwicklung des kostenlosen Zugangs zu ihnen. Das wird uns nur gelingen, wenn wir zu einem **klaren Bruch mit den Normen und der Logik des Kapitalismus** bereit sind. Das bedeutet, dass wir uns **von der neoliberalen und autoritären Logik der europäischen Verträge befreien und unseren Kämpfen eine internationalistische Dimension verleihen** sollten.

Und damit das geschieht, muss sich dieser Big Bang auch auf die **Formen des Engagements** beziehen. Die Politik befindet sich in einer globalen Krise. Es gibt ein massives **Misstrauen gegenüber Abgeordneten und politischen Parteien** sowie ganz allgemein ge-

genüber allen Formen repräsentativer Demokratie. Wir müssen unbedingt für alle, die sich engagieren wollen, Wege finden, wie sie zusammen mit bestehenden politischen Bewegungen leben und handeln können, die ihrerseits die gegenwärtigen alternativen Erfahrungen in ihre Ausrichtung einbeziehen müssen. Das bedeutet, dass wir die **Orte und Formen der politischen Aktivitäten sowie die Abläufe der kollektiven Beratung neu denken** müssen. Das Demokratiegebot ist fester Bestandteil aller Kämpfe unserer Zeit, der sozialen, ökologischen, feministischen, antirassistischen ... , von Nuits debout bis zu den Gelbwesten. Dazu gehört fern von jeglichen Versuchen der Gleichschaltung über Vermittlungen nachzudenken, respektvolle Kontakte mit den politischen, sozialen und kulturellen Bewegungen zu fördern, deren Ziel die menschliche Emanzipation ist. Da wir für eine neue Republik eintreten, **wird die Art und Weise, wie wir uns verbünden, zeigen, ob wir glaubwürdig diese Forderung für die gesamte Gesellschaft verwirklichen können.**

Das Schlimmste wäre, weiterzumachen wie bisher, zu glauben, dass irgendwelche zufällige und kleinste Vereinbarungen an der Spitze ausreichen könnten, um die Emanzipationsbewegung wiederzubeleben, dass der Aufruf zu einer unwahrscheinlichen „Linksunion“ in der altbekannten Art die Lösung wäre. Wir werden von einem Gefühl der Dringlichkeit ange-

trieben und von der Notwendigkeit, die Mauern niederzureißen, die sich in dem Maß auftun, in dem die Situation sich verspannt und verkrampft.

Es ist an der Zeit, miteinander zu reden und einander zuzuhören, sich gegenseitig zu respektieren, damit wir durch die Verbindung der Kämpfe für die Umsetzung der sozialen und ökologischen Forderungen Fortschritte erzielen. Wir denken natürlich an die politischen Kräfte – Insoumis, kommunistische, anti-kapitalistische, sozialistische und ökologische –, die entschlossen sind, mit dem Neoliberalismus zu brechen.

Aber dieser Dialog zwischen bestehenden politischen Bewegungen wird nicht ausreichen, um die Berge zu bewegen, die versetzt werden müssen, damit wieder Vertrauen und Hoffnung entsteht. **Die Türen und Fenster müssen sich weiter öffnen** – für die Bürger/-innen, für die Vitalität der Initiativen, für die Gewerkschaften, für kritische Kulturschaffende und Intellektuelle, für die Klimakämpfer/-innen, für diejenigen, die täglich gegen polizeiliche Unterdrückung und Gewalt kämpfen.

Es eilt. Wir wissen, dass eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, von Aktivistinnen und Aktivisten bereit ist, ihre Kräfte für eine fortschrittliche Perspektive zu vereinen. **Diese Kräfte existieren in der Gesellschaft, aber sie schaffen es nicht, im politischen Raum wirksam zu werden.** Es geht um diese Lücke.

Sie muss angegangen und geschlossen werden. Ohne Umwege. Eine Geduld fordernde und gleichzeitig dringliche Arbeit, geprägt von Gesprächen, Offenheit und Experimenten, liegt vor uns, wenn wir einen Zusammenschluss schaffen wollen mit dem Ziel, einen vorwärtsweisenden politischen Vorschlag vorzulegen.

Genaue Zielvorstellung, Substanz und Begeisterung sind erforderlich, damit eine Dynamik in Gang kommt, damit diese sich zum Ziel nehmen kann, mehrheitsfähig zu werden.

Unser Land braucht heute mehr eine Vision als ein Nebeneinander von Wut und Vorschlägen. Weit entfernt von Verbitterung und Hass als treibende Kraft müssen wir eine gemeinsame Fortschrittsperspektive für die Menschheit aufleben lassen. Der Erfolg dieser Bemü-

hungen hängt zu einem großen Teil von der Fähigkeit ab, **einen echten Pluralismus zuzulassen und dabei gleichzeitig neue Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten.** Jeder Versuch der Anwerbung, der Gleichschaltung zugunsten einer dieser vielen Strömungen, die sich zusammenschließen sollten, wird kurz- oder mittelfristig zum Scheitern verurteilt sein. **Deshalb rufen wir zu einer landesweiten Debatte auf, um den organisatorischen Rahmen einer politischen und zivilgesellschaftlichen Sammlungsbewegung zu schaffen**, mit dem Ziel, aktiv am Erfolg dieser von uns so gewünschten linken Vision mitzuwirken.

Uns ist die Schwierigkeit des Unternehmens bewusst. Aber es ist unabdingbar. Und viele Stimmen bestätigen seine Notwendigkeit.

Führen wir unsere Bemühungen zusammen. Lasst uns am 30. Juni 2019 im Cirque Romanès gemeinsam beginnen.

<https://www.pourunbigbang.fr/>
Übersetzung: Jürgen Janz (Coörditrad) /
Redaktion von „Sand im Getriebe“

Gerald Oberansmayr

Österreich: Türkis-blau ist gegangen, EU-Vorgaben bleiben

(12.6.2019)

(...) In manchen Kreisen löste das Ende der türkis-blauen Regierung und die Aussicht auf Neuwahlen geradezu Euphorie aus. Doch bereits wenige Tage nach der Einsetzung der Übergangsregierung **erinnert die EU mit ihrem Länderbericht 2019 für Österreich daran**, dass Wahlen in EU-Europa zwar dazu dienen, das politische Personal auszutauschen, nicht aber die Politik. Denn diese ist durch EU-Primärrecht, EU-Verträge und -Verordnungen in wesentlichen Bereichen neoliberal einzementiert und wird von einer supranationalen Technokratie exekutiert, die der demokratischen Kontrolle entzogen ist. Dieser Technokratie stehen mit dem EU-Fiskalpakt und diversen EU-Budgetverordnungen [ein ausgefeiltes Instrumentarium](#) zur Verfügung, um die gewählten Nationalrats-Abgeordneten zu StatistInnen gerade in jenem Bereich zu machen, der gerne als das „Königsrecht“ des Parlaments bezeichnet wird: in der Budgetpolitik.

So kann die EU-Kommission bzw. der EU-Rat im Zuge des sog. „Europäisches Semesters“ von Jänner bis November 11

Monate lang das Budget der Folgejahre zurechtrimmen, bevor im Dezember die Parlamentarier den von EU-Kommission und EU-Rat approbierten Budgetentwurf abnicken dürfen. Halten sie sich nicht daran, drohen Defizitverfahren und Sanktionen.

EU-Lob für den türkis-blauen Angriff auf die Sozialversicherung

Im Zuge dieses „Europäisches Semesters“ hat nun die EU-Kommission Österreich ausgerichtet, was von dieser und jeder zukünftigen Regierung erwartet wird. Im Vorspann des Berichts werden zunächst die vergangenen Regierungen dafür gelobt, in wesentlichen Bereichen den EU-Vorgaben bereits Folge geleistet zu haben: Die SP-VP-Regierung unter Kanzler Kern erhält Lob für die Verschärfung der [Deckelung](#) der Gesundheitsausgaben, die VP-FP-Regierung unter Kanzler Kurz für das [„Sozialversicherungs-Organisationsgesetz“](#), das die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung zerstört und die Gesundheitskassen zentralisiert. Explizit getadelt wird jedoch die

Abschaffung des Pflegeregresses, weil *„das die öffentlichen Ausgaben eher steigert als eindämmt“*.

EU attackiert Ausgaben für Pensionen, Gesundheit, Pflege

Nach diesem Rückblick kommen die **„Empfehlungen“ für 2019/20**. Etwas verknappt könnte man diese folgendermaßen zusammenfassen: Aufs Gaspedal bei der Anhebung des Pensionsantrittsalter, auf die Bremse bei den Ausgaben für Gesundheit und Pflege. Denn: *„Für Österreich bestehen langfristige mittlere Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Diese Risiken sind auf den vorausberechneten Anstieg der öffentlichen Ausgaben für Gesundheit, Langzeitpflege und Pensionen zurückzuführen.“*

Das **Pensionsantrittsalter** sollte am besten *„mit der Einführung einer automatischen Koppelung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters an die künftig steigende Lebenserwartung“* angehoben werden – damit erspart man sich in Zukunft die lästigen demokratischen Debatten über die

Anhebung des Pensionsantrittsalters und lässt diese einfach durch „Experten“ ausrechnen.

Hinsichtlich der öffentlichen **Gesundheitsausgaben** drohe – so der EU-Länderbericht – eine Steigerung von derzeit 7% auf 8,3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis zum Jahr 2070. Ja, Sie haben richtig gelesen: bis zum Jahr 2070! Potzblitz eine Steigerung von 1,3 Prozentpunkten in 50 Jahren! Das löst zum Einen Verwunderung aus, in welche Kristallkugel die EU-Kommissare da geblickt haben, um die Entwicklung im nächsten halben Jahrhundert so präzise zu prognostizieren. Zum Anderen möchte man herausschreien: Wo bitte ist das Problem? Die Gesundheit ist eines unserer wichtigsten Güter, warum sollte man die wachsende wirtschaftliche Produktivität nicht gerade in diesen Sektor lenken, um den Trend in Richtung Zwei-Klassen-Medizin zu stoppen und unsere Lebensqualität und die unserer Kinder und Kindeskinder zu erhöhen.

Ähnlich absurd ist die Hysterie des EU-Länderberichts in Bezug auf die **(Langzeit-)Pflege**. Hier drohe laut EU eine Erhöhung des BIP-Anteils von derzeit 1,9% auf 3,8% bis 2070. Hält man sich die **Pflegemisere** in Österreich vor Augen, dann fragt man sich unwillkürlich, warum wir bis 2070 warten müssen, bis wir endlich diese dringend notwendige Erhöhung der Pflegeausgaben auf eine Niveau erreichen, das heute schon in Ländern wie Finnland oder Schweden Realität ist.

Die Frage ist zugegebenermaßen polemisch, denn natürlich wissen wir, warum die EU-Kommission höhere öffentliche Ausgaben für Altersversorgung, Pflege und Gesundheit nicht schätzt. Wie soll man den Leuten das neue **EU-Privatpensionsprodukt PEPP** schmackhaft machen, wie soll man die Geschäfte der privaten Gesundheits- und Versicherungskonzerne ankurbeln, wenn es eine gute öffentliche Alters- und Gesundheitsversorgung für alle gibt? Noch dazu, wo immer mehr Leute begreifen, wie fatal sich die **Privatisierung** gerade in den Bereichen Altersversorgung und Gesundheit für die große Mehrheit der Bevölkerung auswirkt.

Hui und pfui im EU-Regime

Die **Defizit- und Verschuldungsregeln des EU-Fiskalpakts** sind nur ein Vorwand, um neoliberale Strukturreformen erzwingen zu können. Dass es der EU keineswegs um die vorgebliche Bekämpfung von öffentlichen Defizit oder Verschuldung geht, erkennt man auch daran, dass gleichzeitig über die sog. **„Ständig Strukturierte Zusammenarbeit“ (EU-SSZ/Pesco)** auf eine radikale Erhöhung der Militärausgaben gedrängt wird. Mittelfristig – nach Wunsch des EU-Parlaments bis 2030 – laufen diese SSZ-Vorgaben auf eine Verdreifachung der österreichischen Militärausgaben hinaus, d.h. eine Steigerung des Anteils der Militärausgaben von derzeit 0,7% auf 2% des BIP. Man merke: Plus 1,3% Prozentpunkte bis 2030 beim Militär ist hui, plus 1,3% bis 2070 bei der Gesundheit ist dagegen pfui. So tickt das EU-Regime.

Zangenangriff auf den Sozialstaat

Die „Empfehlungen“ der EU-Kommission werden abgerundet durch die **Forderung, das österreichische Steuersystem zu reformieren:**

Im Gegenzug zu höheren Vermögens- und Umweltsteuern sollen die Sozialversicherungsbeiträge bzw. „Steuern auf den Faktor Arbeit“ gesenkt werden. Was vielen vordergründig sinnvoll erscheint, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als ein heimtückisches Torpedo gegen den Sozialstaat. Denn Vermögens- und Umweltsteuer sind Lenkungssteuern, die dazu dienen, gesellschaftliche Übel – hypertropher Reichtum weniger bzw. wachsende Umweltzerstörung – zurückzudrängen. Solche Steuern sind sinnvoll, um ökologische Investitionen anzukurbeln (z.B. Ausbau des Öffentlichen Verkehr und des sozialen Wohnbaus), jedoch ganz und gar nicht, um die Senkung von Sozialversicherungsbeiträgen auszugleichen. Denn diese dienen zur Finanzierung der laufenden Sozialausgaben (Pensionen, Gesundheit usw.). Und eine stabile Finanzierung des Sozialstaats muss aus Beiträgen bzw. Steuern erfolgen, die sich aus der laufenden wirtschaftlichen Leistungskraft speisen. Statt diese zu senken, müssten sie also vielmehr auf die gesamte wirtschaftliche Wertschöpfung (inkl. Gewinne und Abschreibungen) ausgedehnt werden. Würden dafür jedoch Vermögens- bzw. Um-

weltsteuern verwendet, hieße die fatale Alternative: Entweder möglichst viel Umweltzerstörung und hohe Vermögenskonzentration bei wenigen, um aus den daraus sprudelnden Einnahmen den Sozialstaat finanzieren zu können. Oder aber der Sozialstaat wird ausgehungert, weil die Einnahmen aus den Umwelt- und Vermögenssteuern zurückgehen, sobald sie die gewünschte Lenkungswirkung entfalten.

Die EU-Vorgaben 2019 sind charakteristisch für den Zangenangriff der Neoliberalen auf den Sozialstaat: Austrocknung der öffentlichen Einnahmen, sodann „Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“ beschwören, um schließlich die Kürzungen bei Sozialausgaben durchzudrücken. Das entspricht den Interessen des exportorientierten Großkapitals. Das entspricht dem Programm der türkis-blauen Regierung. **Diese Regierung ist – vorerst – gegangen. Die EU-Kommission und ihre neoliberalen Vorgaben bleiben.** Wer die neoliberale Politik überwinden und nicht bloß das politische Personal, das sie exekutiert, austauschen will, kommt um den Bruch mit dem postdemokratischen EU-Regime nicht umhin.

(1) EU-Kommission, **Empfehlungen** für eine Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2019 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Österreichs 2019, Brüssel, 5.6.2019 (SiG-Red.: S. auch **„das Europäische Semester“**, bezogen auf Österreich)

<https://www.solidarwerkstatt.at/arbeitswirtschaft/tuerkis-blau-ist-gegangen-eu-vorgaben-bleiben>

Infos über das Europäische Semester:

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/european-semester/>

2019 European Semester: Alert Mechanism Report über 13 EU-Länder

Die detaillierten „Empfehlungen“ für jedes Land: The Stability and Growth Pact (SGP) is a set of rules designed to ensure that countries in the European Union pursue sound public finances and coordinate their fiscal policies.

<https://ec.europa.eu/info/node/4287/>

Den einzelnen Ländern wird ein **Haushaltsentwurf** „empfohlen“.

„Empfehlungen“ für Deutschland, 5. Juni 2019

CETA stoppen!

Offener Brief an die Grünen

Hallo Ihr Grünen, die Ihr mit uns gegen CETA auf die Straße gegangen seid!

Wir vertreten lokale Bündnisse, die bundesweit aus der Bewegung gegen CETA und TTIP hervorgegangen sind.

In unseren Reihen sind Vertreter*innen von Kirchen, Umweltverbänden, Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Wir werden unterstützt von Parteien, an vielen Orten auch von Euch Grünen.

Die Fridays4Future-Bewegung bringt es auf den Punkt.

Ohne entschiedenes politisches Handeln wird es für unsere Kinder keine Zukunft auf diesem Planeten geben. Die Bewegung wird von über 26.800 Wissenschaftler*innen bestärkt. Auch B'90/Die Grünen unterstützen die Einschätzung und Aktionen der jungen Leute. In dieser Situation erhaltet Ihr Grünen zusätzliche Wählerstimmen von Menschen, die auf Euer Umweltbewusstsein und auf Euer konsequentes Handeln vertrauen.

Indessen scheinen mehrere Landesverbände von B'90/Die Grünen aus unterschiedlichen Gründen bereit zu sein, CETA im Bundesrat zuzustimmen. Wie geht das zusammen?

CETA hat höchst negative Auswirkungen auf Klima, Umwelt und Verbraucherschutz. Dies ist Euch wohlbekannt. Wir verweisen auf den jüngsten Bericht der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Er bestätigt, dass Handelsverträge wie CETA die Demokratie zerstören und die staatliche Regulierungsfähigkeit massiv einschränken. Der Klimakrise, die der Bericht als das größte "Marktversagen" der Geschichte qualifiziert, sei nur durch starke staatliche Regulierungen beizukommen. Letztendlich fordert der

Bericht die Rücknahme der Freihandels- und Investitionsabkommen, die den politischen Spielraum besonders zerstören. *Ihr könnt doch nicht mit 320.000 Menschen gegen TTIP und CETA demonstrieren und zwei Jahre später CETA durchwinken!*

CETA wird im Bundesrat gestoppt, wenn sich die Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung der Stimme enthalten. Wir erwarten, dass Ihr Wort haltet und CETA nicht zustimmt. Seit Jahrzehnten ist es ein übliches Verfahren im Bundesrat, dass ein Land sich der Stimme enthält, wenn sich Koalitionspartner nicht einig sind. Diese Vorgehensweise ausgerechnet bei einem Thema von derartiger Tragweite außer Kraft zu setzen, wäre unverantwortlich – besonders gegenüber unseren Kindern.

Unser dringender Appell an Euch Grünen:

- Tut alles, was in Eurer Macht steht, um den Klimawandel und CETA zu stoppen! Unterstützt keine Freihandelsverträge, die die Demokratie zerstören und das UN-Klimaabkommen gefährden!
- **Erklärt, dass gegebene Koalitionszusagen, im Bundesrat für CETA zu stimmen, in Anbetracht des fortgeschrittenen Klimawandels nicht eingehalten werden können!**

Unterschrieben von Freihandelskritische Initiativen u. Bündnisse in Deutschland (und 14 Regionalgruppen von attac DE, 3. Juli 2019) - Margot Rieger, Vertreterin der lokalen Bündnisse u. Initiativen im Koordinierungskreis des Netzwerks Gerechter Welthandel [https://www.ceta-im-bundesrat.de/Offener Brief an die GRUENEN](https://www.ceta-im-bundesrat.de/Offener_Brief_an_die_GRUENEN)

72 Organisationen in Frankreich fordern in einem ausführlichen [offenen Brief vom 2. Juli 2019](#) die Nationalversammlung dazu auf, CETA nicht zu ratifizieren.

(Die Entscheidung ist für den 17. Juli 2019 terminiert.)

Mehr: [attac Frankreich](#)



<https://www.solidarwerkstatt.at/arbeits-wirtschaft/ceta-ihr-habt-die-papppn-zu-halten>

TTIP reloaded?

Die EU-Landwirtschaftsminister und damit der EU-Ministerrat haben am 15. April 2019 die Wiederaufnahme von Handelsgesprächen mit den USA beschlossen. Frankreich stimmte dagegen, Belgien enthielt sich. „Die EU-Regierungen zeigen damit, dass der Einsatz gegen die Klimakrise für sie keine Priorität hat. Eine zukunftsweisende Politik würde Investitionen in ökologische Infrastrukturprojekte ins Zentrum rücken und nicht die Export-Interessen der klimaschädlichsten Branchen – nämlich der europäischen Automobil- und Flugzeugindustrie“, kritisiert Roland Süß. Als Zugeständnis an Donald Trump hat die EU zudem bereits vor den neuen Verhandlungen die US-Importe von klimaschädlichem Fracking-Gas verdreifacht und jene von Soja für Agrotreibstoffe verdoppelt. Mehr: [attac.de](#)

Am 5. April 2019 hatten **zwölf zivilgesellschaftliche Organisationen** in einem **offenen Brief** die Bundesregierung aufgefordert, „im Ministerrat gegen die von der EU-Kommission vorgelegten Mandate zu stimmen und in Deutschland einen breiten Prozess zu gestalten, ob und unter welchen Bedingungen sowie mit welchen Inhalten Verhandlungen mit den USA geführt werden sollen.“

Gewerkschafter für Klimaschutz

Zum Appell von Fridays for Future „Streikt mit uns“ am 20. September 2019

Aufruf an Kolleginnen und Kollegen: Wir sind gefordert - Seid auch dabei!

Greta Thunberg, Luisa Neubauer und viele andere junge Menschen von Fridays for Future rufen für den 20. September 2019 zu einem weltweiten Klimastreiktag auf.

In ihrem Aufruf heißt es:

„Jahre sind mit Gerede vergangen, mit unzähligen Verhandlungen, mit nutzlosen Vereinbarungen zum Klimawandel.

Firmen, die fossile Brennstoffe fördern, durften jahrzehntelang ungehindert in unseren Böden schürfen und unsere Zukunft abfackeln.

Politiker wussten seit Jahrzehnten über den Klimawandel Bescheid. Sie haben die Verantwortung für unsere Zukunft bereitwillig Profiteuren überlassen, deren Suche nach schnellem Geld unsere Existenz bedroht. ...

Wir jungen Leute können unseren Beitrag für einen größeren Kampf leisten, und das kann einen großen Unterschied machen. Aber das funktioniert nur, wenn unser Aufschlag als Aufruf verstanden wird. Deswegen ist dies unsere Einladung.

Am Freitag, 20. September, werden wir mit einem weltweiten Streik eine Aktionswoche für das Klima beginnen.

Wir bitten Sie, sich uns anzuschließen.

Es gibt in verschiedenen Teilen der Welt viele verschiedene Pläne für Erwachsene sich zusammenzuschließen, Farbe zu bekennen und sich für unser Klima aus der Komfortzone heraus zu wagen. Lasst uns diese Pläne zusammenbringen gehen Sie an diesem Tag mit ihren Nachbarn, Kollegen, Freunden und Familien auf die Straße, damit unsere Stimmen gehört werden und dies ein Wendepunkt wird. ...um alles zu verändern, brauchen wir alle. Es ist Zeit für uns alle, massenhaften Widerstand zu leisten - wir haben gezeigt, dass kollektive Aktionen funktionieren. Wir müssen den Druck erhöhen, um sicherzustellen, dass der Wandel passiert. Und wir müssen ihn gemeinsam beschleunigen.

Dies ist also unsere Chance - schließt euch unseren Klimastreiks und -aktionen in diesem September an.“

Klimaschutz UND Arbeitsplätze

Dies verstehen wir auch als Aufruf an Gewerkschaften, Betriebsräte, Arbeitnehmer*innen aktiv zu werden und sich für den Klimaschutz und zukunftsweisende Arbeitsplätze einzusetzen.

Auch wir wollen wie die Eltern und Wissenschaftler (Parents und Scientists for Future) unseren Beitrag dazu leisten, dass der 20. September Auftakt zu einer Wende hin zu einer sozialen und ökologischen Gesellschaft wird.

An diesem Tag können Betriebsversammlungen stattfinden, Aushänge gemacht und Flugblätter verteilt werden. Es können Warnstreiks für einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Erneuerbaren Energien organisiert und für die Beteiligung an den Demonstrationen mobilisiert werden.

Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, kreativ mitzuwirken, damit die Gewerkschaften und Beschäftigte aktiver Teil der Klimabewegung werden.

Unterschriften an H. Born,

klimagewerkschafter@bwup.de

<http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2019/06/klimagew0919.pdf>

Workshop auf der Sommerakademie von Attac Deutschland in Bochum, 3. August 2019, 17 - 19:30 Uhr
Initiative "Eine Million Arbeitsplätze fürs Klima" – Vorstellung und Diskussion

Nach einer Vorstellung der Initiative "Eine Million Arbeitsplätze fürs Klima", die in mehreren Ländern aufgegriffen wurde, soll gemeinsam überlegt werden, ob eine solche Initiative für Deutschland ebenfalls sinnvoll und denkbar wäre.



Ende Gelände Blockade-Aktion, 22. Juni 2019

<https://reporterre.net/En-Allemagne-nous-avons-passe-la-nuit-avec-les-activistes-contre-le-charbon>

Anti-IAA Proteste im September 2019

**13.09. Attac-Abendveranstaltung
"Verkehrswende gemeinsam
durchsetzen"**

**14.09. #aussteigen: Demo &
Fahrrad-Sternfahrt**

**14./15.09. #SandimGetriebe: Die
IAA blockieren!**

Mehr: attac.de